

2. Wer demonstriert da?

Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von *Fridays for Future* in Deutschland im März und November 2019

*Moritz Sommer, Sebastian Haunss, Beth Gharryt Gardner, Michael Neuber,
Dieter Rucht*

Ab Winter 2018/2019 entstanden auch in Deutschland immer mehr lokale Gruppen, die das Motto Greta Thunbergs aufgriffen und *Schulstreiks für das Klima* organisierten. Diese Proteste unter dem Namen *Fridays for Future* (FFF) hatten wenig gemein mit den Klimaprotesten der vorangegangenen Jahrzehnte, die von etablierten Umweltschutzorganisationen getragen wurden und deren Fokus einerseits auf den internationalen Klimakonferenzen und andererseits – insbesondere in Deutschland – auf dem Kampf gegen CO₂-intensive Energiegewinnung vor allem im Braunkohletagebau lag (Dietz/Garrelts 2013). Mit der Mobilisierung zum 1. Globalen Klimastreiktag am 15. März 2019 zeichnete sich der Beginn einer neuen transnationalen, möglicherweise sogar globalen Protestbewegung ab. Auffällig war in dieser Frühphase der Bewegung der Gegensatz von enormer medialer und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit bei gleichzeitig kaum vorhandenem Wissen über die Protestierenden und ihre Anliegen.

Die von einem schwedischen Forschungsteam initiierte europaweite Befragung der FFF-Demonstrierenden am 15. März 2019 setzte an diesem Wissensdefizit an (Wahlström u. a. 2019). Das Ziel war es zu erkunden, wer sich an den Protesten von *Fridays for Future* beteiligte. Welchen sozialen und politischen Hintergrund haben die Menschen, die den Aufrufen der lokalen *Fridays for Future*-Gruppen folgten? Hatten die Protestierenden sich schon zuvor in der Klimabewegung engagiert oder wurden hier Menschen aktiv, für die Protest eine ganz neue Erfahrung war? Was waren die Motive der Protestierenden? Was wollten sie mit ihrem Protest erreichen? Wie beurteil-

ten sie die Wirkung ihres Protests? Und wie schätzten sie das demokratische System und einzelne politische Institutionen ein?¹

In den Folgemonaten wurde dann klar, dass *Fridays for Future* kein Strohfeuer war. Die Mobilisierung zu den freitäglichen Klimastreiks hatte im Frühjahr und bis zu den Sommerferien 2019 angehalten und sich auf immer mehr Städte in ganz Deutschland ausgebreitet. Gleichzeitig war die planmäßige Umsetzung der international vereinbarten Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz vom Dezember 2015 weiterhin ausgeblieben. Das zentrale Anliegen der Protestierenden blieb unerfüllt. Somit verlagerte sich im Herbst 2019 die mediale Debatte weg von Fragen nach der Motivation und Legitimität des regelwidrigen Schulstreiks hin zu Diskussionen über eine vermeintliche oder tatsächliche Erschöpfung bzw. Frustration der Aktivist_innen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Protestmobilisierung und deren Bedeutung wurden weitere Befragungen geplant, bei denen mithilfe weitgehend identischer Fragebögen mögliche Veränderungen der Zusammensetzung und der Einstellungen der Protestierenden ermittelt werden sollten. Die Ergebnisse einer Befragung der Demonstrationen am 20. September 2019 erschienen im Februar 2020 in einem englischsprachigen, ländervergleichenden Report (de Moor u. a. 2020), der die neuen Daten systematisch mit denen der Märzumfrage verglich und der auch einen Berichtsteil zu den Befragungsergebnissen in Berlin und Chemnitz beinhaltete (Neuber/Gardner 2020, siehe Neuber u. a., Kapitel 3).

Neben dieser international angelegten Befragung im September ist es gelungen eine weitere Befragung zum 4. Globalen Klimastreik am 29. November 2019 in Deutschland durchzuführen. Dafür wurden erneut die Demonstrierenden in den beiden Städten der Erhebung im März (Berlin und Bremen) befragt. Mit der parallelen Befragung in zwei Städten sollte ver-

¹ Allen, die uns in ganz unterschiedlichen Rollen unterstützt haben, gebührt unser Dank. Neben den Autor_innen dieses Kapitels waren insbesondere unsere Kolleg_innen Sabrina Zajak, Piotr Kocyba und Simon Teune bei den Befragungen in Deutschland involviert. Joost de Moor, Michiel de Vydt, Katrin Uba, Mattias Wahlström und Magnus Wennerhag spielten zentrale Rollen bei der Koordinierung der internationalen Befragungen. Zu danken haben wir auch den vielen studentischen Unterstützer_innen. Schlussendlich bedanken wir uns bei der Otto Brenner Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung, die auf sehr unkomplizierte Weise nicht nur die Befragungen im März, sondern auch die Erstellung eines Working Papers (Sommer u. a. 2019) und die Publikation des vorliegenden Sammelbandes finanziell unterstützt haben.

hindert werden, dass mögliche ortsspezifische Besonderheiten fälschlich als generelle Merkmale der Protestierenden interpretiert werden.

Dieses Kapitel präsentiert neben den Daten vom 15. März 2019 die Ergebnisse der Befragungen am 29. November 2019. Es liefert eine umfassende Analyse der Charakteristika der Demonstrierenden in Berlin und Bremen. Für den Vergleich der Daten vom März und November sprechen neben der identischen Städteauswahl zwei weiteren Überlegungen: Zum einen erfassen wir sowohl die ersten als auch – zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Buchmanuskripts im Juli 2020 – vorerst letzten großen, bundesweiten Straßenproteste von *Fridays for Future* in Deutschland. Der Abstand von rund acht Monaten erlaubt es, das soziodemografische Profil und die Einstellungen der Demonstrierenden in der Frühphase der Bewegung und zu einem Zeitpunkt, als sich die Bewegung bereits etabliert hatte, zu vergleichen. Zum anderen bietet der Vergleich der März- und Novemberdaten die Möglichkeit zu überprüfen, ob das im September 2019 beschlossene Klimapaket einen Einfluss auf die Einstellungen und Motive der Demonstrierenden hatte. Mit dem vom sogenannten Klimakabinett vorgelegten Maßnahmenbündel hatte die Bundesregierung die ersten aus ihrer Sicht weitreichenden Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaschutzziele seit dem Beginn der FFF-Proteste in Deutschland vorgelegt.

Im Vordergrund unserer Analyse stehen also die Veränderungen zwischen März und November 2019. Dabei gehen wir von zwei Erwartungen aus: Die erste Überlegung, die als *Diffusionshypothese* bezeichnet werden kann, folgt dem Eindruck, die Bewegung habe sich zunehmend sozial verbreitert. Die Medien vermittelten im ersten Quartal 2019 das Bild, die FFF-Proteste seien von jungen Schüler_innen dominiert, was die Ergebnisse der Märzbefragung weitgehend bestätigen (Sommer u. a. 2019). Der starke Zulauf der Bewegung zwischen Frühjahr und Herbst 2019, die breite gesellschaftliche Unterstützung und die Mobilisierung weit über den Sozialraum Schule hinaus legen die Vermutung nahe, dass sich bei den späteren Protesten deutlich mehr ältere Menschen beteiligen würden. Der Aufruf für den globalen Protest am 20. September (zugleich der Tag, an dem in Deutschland das entscheidende Treffen des Klimakabinetts stattfand) richtete sich ausdrücklich an alle gesellschaftlichen Gruppen (#AlleFürsKlima). Die Ergebnisse der Befragungen an diesem Tag zeigen in der Tat eine breitere soziale Basis der Teilnehmer_innen und insbesondere die erwartete Altersverschiebung (Neuber/Gardner 2020: 119 f.). Somit stellte sich im November die Frage, ob

es *Fridays for Future* gelungen war, die Mobilisierung auch älterer Menschen aufrechtzuerhalten und sich die im September beobachtete Altersverschiebung somit fortsetzen würde oder ob die Novemberproteste wie im März wieder vom jüngeren Kern der Bewegung geprägt sein würden.

Die zweite Erwartung betrifft die Einstellungen der Protestierenden. Zu Beginn des Jahres waren die FFF-Proteste von einer starken Euphorie und Zuversicht der Protestierenden getragen, durch den Druck auf der Straße grundlegende Fortschritte in der Klimapolitik zu erzielen. Diese anfängliche Hoffnung schien spätestens nach dem »Klimapaket« der Bundesregierung, das weit hinter den Forderungen der Protestierenden zurückblieb, einer wachsenden Frustration zu weichen (*Frustrationshypothese*). Wir erwarten daher im Vergleich der März- und Novemberdaten, dass sich diese Enttäuschung auch in den Einstellungen der Befragten niederschlägt. Insbesondere dürfte das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Bundesregierung gelitten haben. Aber auch ein grundlegenderer Vertrauensverlust in die politischen Institutionen könnte sich abzeichnen.

Diese allgemeinen Erwartungen werden in der Analyse in dreifacher Hinsicht überprüft. Wir arbeiten zum Ersten die Veränderungen und Kontinuitäten zwischen den beiden Befragungszeitpunkten März und November 2019 heraus. Zweitens vergleichen wir in Anlehnung an die Praxis der Berichte zu den Septemberbefragungen (de Moor et al. 2020) zwei Alterskohorten: einerseits die Schüler_innen und jungen Erwachsenen von 14 bis inklusive 25 Jahren, die wir in Übereinstimmung mit der Praxis vieler Jugendstudien als »Jugendliche« bezeichnen; andererseits die über 25-Jährigen, die wir – obwohl in juristischer Hinsicht in Deutschland bereits 18-Jährige als erwachsen gelten – der Einfachheit halber als »Erwachsene« bezeichnen. Schließlich stellen wir einige Vergleiche zwischen den Merkmalen der FFF-Protestierenden und den Teilnehmer_innen an thematisch anders gelagerten Protesten in Deutschland vor. Hierbei greifen wir auf Daten zurück, die vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) und früheren Forschungsgruppen am Wissenschaftszentrum Berlin erhoben wurden. Der Vergleich der FFF-Demonstrationen in Berlin und Bremen spielt dagegen nur eine untergeordnete Rolle, zumal sich die Ergebnisse in beiden Städten kaum voneinander unterscheiden.

Befragungen bei den FFF-Protesten

Befragungen von Demonstrierenden sind mittlerweile ein etabliertes Instrument, um etwas über Menschen zu erfahren, die an kollektiven und öffentlichen Protesten teilnehmen (van Aelst/Walgrave 2001; Walgrave/Verhulst 2011; Andretta/della Porta 2014). Während in der medialen Berichterstattung über Proteste vor allem die Meinungen und Positionen der Organisator_innen der Proteste sowie die Äußerungen von Personen des öffentlichen Interesses präsent sind, liefern methodisch kontrollierte Befragungen ansonsten nicht zugängliche Informationen über die oft sehr diversen Eigenschaften, Motive und Hintergründe der Bürger_innen, die sich an den Protesten beteiligten.

Die in diesem Kapitel ausgewerteten Befragungen fanden zu zwei herausgehobenen Anlässen statt. Der 15. März 2019 war der Tag, an dem *Fridays for Future* zum ersten Mal weltweit und koordiniert zum *Global Climate Strike For Future* aufgerufen hatte. In Deutschland wurden an diesem Freitag an 226 Orten Demonstrationen und Kundgebungen angekündigt. Die zweite Befragung erfolgte im Rahmen des 4. Globalen Klimastreiks am 29. November 2019, für den in Deutschland in über 500 Städten Proteste geplant waren. An diesem Tag sollte der Bundesrat über das sogenannte Klimapaket entscheiden; und zugleich war es der letzte Freitag vor der 25. UN-Klimakonferenz (COP 25), die Anfang Dezember in Madrid stattfand.

Die Demonstrationen am 15. März 2019 und 29. November 2019

Die Demonstrationen am 15. März 2019 unterschieden sich nicht grundsätzlich von den zu diesem Zeitpunkt bereits etablierten wöchentlichen dezentralen Protesten der lokalen *Fridays for Future*-Gruppen. Auch für den 15. März wurde lokal mobilisiert; es gab keine bundesweite zentrale Demonstration. Eine Besonderheit im Vergleich zu den vorangegangenen wöchentlichen Demonstrationen bestand allerdings darin, dass dieser Protesttag in seinem globalen Rahmen besonders hervorgehoben wurde und auch der planerische Vorlauf für die Mobilisierung deutlich länger war. Bereits Mitte Februar erfolgte der Aufruf zu einem »globalen Streik« am 15. März. Im deutlich anwachsenden Medienecho für FFF ab der letzten Februarwoche (siehe Goldenbaum/Thompson, Kapitel 9) deutete sich bereits an, dass die

Demonstrationen an diesem Tag größer als an den vorangegangenen Freitagsprotesten ausfallen könnten.

Tatsächlich lag dann die Zahl der Protestteilnehmer_innen an vielen Orten deutlich über den Erwartungen der Organisator_innen. In Bremen war die lokale FFF-Gruppe optimistisch von 1.000 Protestierenden ausgegangen, demonstriert haben dann ca. 5.500 Menschen (eigene Zählung). In Berlin war die Veranstaltung mit 5.000 Personen angemeldet worden und beteiligt haben sich dann zwischen 20.000 (Polizei) und 25.000 Menschen (Veranstalter_innen). In beiden Städten wurden somit die Erwartungen der Veranstalter_innen um rund das Fünffache übertroffen.

Zwischen März und November lässt sich eine deutliche Professionalisierung der Organisation der Demonstrationen beobachten. Im März wirkten die Veranstaltungen sehr spontan und improvisiert. Die unerwartet hohen Teilnehmer_innenzahlen führten an einzelnen Orten dazu, dass die technischen Mittel (z. B. Lautsprecherwagen und Mikrofonanlagen) unterdimensioniert waren und nur ein kleiner Teil der Demonstrierenden überhaupt in der Lage war, den Beiträgen auf den Auftakt- und Abschlusskundgebungen zu folgen. Dagegen gab es im November oft große Bühnen für die Kundgebungen und mehrere Lautsprecherwagen im Demonstrationszug.

Die Stimmung bei den Märzdemonstrationen war insgesamt fröhlich bis euphorisch. Insignien anderer Organisationen als FFF fehlten weitgehend. In Bremen waren vereinzelt Plakate mit den Logos etablierter Umweltorganisationen sowie einzelne Fahnen der Piratenpartei zu sehen. In Berlin wurden einzelne Fahnen und Schilder mit dem Logo von Extinction Rebellion sowie Transparente von Umweltorganisationen gezeigt. Die Optik der Demonstrationszüge prägten aber ganz eindeutig Tausende selbstgemalte Pappschilder mit einigen wiederkehrenden Sprüchen (»There is no Planet B«), vor allem aber sehr vielen individuellen und teilweise originellen Slogans. Dagegen waren bei den Demonstrationen im November die Fahnen und Symbole von anderen Gruppen als *Fridays for Future* deutlich präsenter, ohne aber das Erscheinungsbild der Demonstration zu dominieren.

Angeführt wurden die Demonstrationen jeweils von einer Gruppe sehr junger Schüler_innen. Offenkundig achteten die Organisator_innen darauf, die Demonstration durch diese Gruppe zu repräsentieren. So konnten wir bei der Märzdemonstration in Berlin beobachten, dass ein deutlich älterer Organisator bzw. Ordner mit Megafon speziell die jungen Teilnehmer_innen (von ca. 11 bis 14 Jahren) gezielt hinter dem Fronttransparent platzierte.

Dort skandierten die Kinder, begleitet von rhythmischen Hüpfbewegungen, in ausgelassener Stimmung ihre Parolen (zum Beispiel: »Wir sind hier. Wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.«). Nachdem sich alle interessier-ten Fotograf_innen vor oder seitlich des Transparents postiert hatten, setzte sich der Zug, angeführt von den jubelnden Kindern, in Bewegung. Im März waren innerhalb der Demonstrationszüge keine organisierten Blöcke erkennbar. Die Mehrzahl der Schüler_innen beteiligte sich in Gruppen von ungefähr Gleichaltrigen, die Jüngeren manchmal in Begleitung ihrer Lehrer_innen.

Im November entsprach das äußerliche Bild der Demonstrationen eher dem, was man von anderen themenbezogenen Bündnisdemonstrationen kennt. Einem nach wie vor von Schüler_innen angeführten ersten Block folgten im Verlauf des Demonstrationszuges zuweilen klar erkennbare einzelne Blöcke politischer und sonstiger Gruppen. Vertreten waren etablierte Umwelt- und Verkehrsverbände, einzelne Gewerkschaften und diverse Parteien des linken Spektrums. Diese organisierten Gruppen bildeten jedoch, zusammengenommen, weiterhin eine deutliche Minderheit der Protestie-renden. Selbstgemalte Pappschilder waren immer noch präsent, aber längst nicht mehr so häufig wie im März. Die schon rein optisch deutlichste Verän-derung war jedoch die völlig andere Altersstruktur der Demonstrierenden. Zwar waren immer noch sehr viele Schüler_innen unterwegs, aber sowohl in Berlin als auch in Bremen stellten die Schüler_innen offenbar nur noch den kleineren Teil der Protestierenden.

Die Stimmung auf den Demonstrationen im November war entspannt, aber weniger enthusiastisch als bei den Demonstrationen im März oder bei den deutlich größeren Demonstrationen am 20. September 2019 mit 250.000 (Berlin) bzw. 35.000 (Bremen) Teilnehmer_innen. Die Polizei blieb an beiden Terminen sehr zurückhaltend und beschränkte sich vor allem da-rauf, den Verkehr zu regeln. Allerdings war die Polizeipräsenz im November etwas stärker als noch im März. Zumdest in Bremen begleiteten im No-vember auch kleine Gruppen voll ausgerüsteter Bereitschaftspolizist_innen die Demonstration.

Bei den Demonstrationen im März und November standen die allermeis-ten der von uns angesprochenen Teilnehmer_innen der Befragung offen und interessiert gegenüber. Es gab nur sehr wenig ablehnende Reaktionen. In beiden Fällen registrierten wir einen relativ großen Anteil an Schüler_innen, die teils deutlich jünger als 14 Jahre waren. Da wir aus Datenschutzgrün-

den Personen unter 14 Jahren nicht befragen konnten, ist diese Gruppe in den Ergebnissen der Befragung nicht präsent. Wir schätzen, dass in Bremen und in Berlin jeweils zwischen 5 und 15 Prozent der Demonstrierenden jünger als 14 Jahre waren. Damit liegt das tatsächliche Durchschnittsalter der Demonstrierenden unter den Werten, die wir unten bei der Auswertung der Umfrage daten nennen.

Befragungen von Demonstrierenden und das Problem der Repräsentativität

Im Vergleich mit anderen Befragungen von Demonstrierenden, bei denen nur einzelne Protestereignisse im Fokus standen, bietet das hier gewählte Befragungsdesign, das an die Praxis anderer Länder und einzelne Proteste vergleichender Studien angelehnt ist (van Stekelenburg u. a. 2012), eine Reihe von Vorzügen: Zum einen haben wir die Befragung mit demselben Fragebogen an mehreren Orten gleichzeitig durchgeführt. Das trägt der eher ungewöhnlichen Mobilisierungsweise von *Fridays for Future* Rechnung, die bisher fast ausschließlich lokal mobilisiert haben, statt auf bundesweite Großdemonstrationen zu setzen. Zum anderen haben wir sowohl in Berlin als auch in Bremen jeweils zwei Demonstrationen zum selben Thema zu unterschiedlichen Zeitpunkten befragt. Die Umfrage bietet also nicht nur einen einmaligen Einblick in die Motive und Überzeugungen der FFF-Demonstrant_innen, sondern liefert auch Aussagen über die Entwicklung der Bewegung im Zeitverlauf. Zum Dritten wurde die Umfrage im Rahmen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit konzipiert, bei der Forscher_innenteams in 15 Ländern die Teilnehmer_innen der FFF-Klimastreiks unter Verwendung desselben Fragebogens befragten. Kapitel 3 geht auf die Durchführung und die Ergebnisse dieser internationalen Befragung näher ein.

Weil es kaum praktikabel ist, eine pro Person etwa 20 Minuten dauernde Befragung während einer Demonstration oder während einer Kundgebung durchzuführen, wurden bei den *Fridays for Future*-Demonstrationen kleine Handzettel mit einem QR-Code bzw. einem Link zu einer Onlineumfrage verteilt. Jeder Handzettel enthielt einen zufällig generierten einmaligen Code, sodass mit diesem Zettel nur eine einmalige Teilnahme an der Umfrage möglich war.

Tabelle 2.1: Übersicht der FFF-Protestbefragungen im März und November 2019

Demonstration	Teilnehmende, geschätzt	Verteilte Fragebögen	Rücklauf	Rücklaufquote; Prozent
März 2019	25.500	2.200	355	16,1
Berlin	20.000	1.202	204	17,0
Bremen	5.500	998	151	15,1
November 2019	46.000	1.615	345	21,4
Berlin	40.000	560	104	18,6
Bremen	6.000	1.055	241	22,8

Tabelle 2.1 liefert eine Übersicht über die Rahmendaten der vier Befragungsaktionen. Bei den auf den ersten Blick möglicherweise niedrig erscheinenden Rücklaufquoten handelt es sich dennoch um Quoten, die weit über denen repräsentativer Bevölkerungsumfragen liegen. Generell sollte an der Höhe der Quote allein nicht die Aussagekraft der Ergebnisse gemessen werden, kommt es doch darauf an, bei der Auswahl der Protestierenden systematische Verzerrungen zu vermeiden. Um Aussagen über die Gesamtheit der Protestierenden treffen zu können, muss sichergestellt werden, dass die ausgewerteten Antworten tatsächlich die Zusammensetzung der Demonstrierenden widerspiegeln. Dafür sind bei der Durchführung der Befragung besondere Maßnahmen notwendig, die hier kurz vorgestellt werden sollen (Walgrave/Verhulst 2011; Andretta/della Porta 2014).

In repräsentativen Bevölkerungsumfragen, zum Beispiel zu Wahlen oder zu politischen Einstellungen, werden in der Regel 1.000 bis 2.000 Personen befragt. Für die Grundgesamtheit, also beispielsweise die Bevölkerung Deutschlands, kann damit ein repräsentatives Bild gewonnen werden, weil sehr genaue Informationen über deren Alters- und Einkommensverteilung, Geschlechts- und Religionszugehörigkeit und viele andere Merkmale bereits bekannt sind. Achtet man nun darauf, dass die Stichprobe der Befragten die Verteilung der relevanten Merkmale möglichst genau abbildet, dann ist es mit einer relativ geringen Fehlerwahrscheinlichkeit möglich, auf Basis der relativ kleinen Gruppe der Befragten Aussagen über die gesamte Bevölkerung zu machen.

Bei Befragungen von Demonstrierenden ist eine solche repräsentative Auswahl der Befragten nicht möglich, weil vorab kaum etwas über die Zusammensetzung der Demonstrierenden bekannt ist. Um dennoch gesicherte Aussagen über die Gesamtheit der vor Ort Demonstrierenden machen zu können, ohne alle Anwesenden zu befragen, muss auf andere Weise sichergestellt werden, dass die Befragten mit hoher Wahrscheinlichkeit für alle an der Demonstration Beteiligten repräsentativ sind. Das geschieht, indem die Befragten nach einem zuvor festgelegten System ausgewählt werden, welches gewährleistet, dass alle Demonstrierenden die gleiche Chance haben, für die Befragung ausgewählt zu werden. Wenn z. B. bei einer Demonstration mit 10.000 Teilnehmer_innen 1.000 Personen befragt werden sollen, wird jede zehnte Person angesprochen, ob sie an der Befragung teilnehmen will. Hierbei sind unterschiedliche Vorgehensweisen im Rahmen einer stationären Kundgebung (Auswahl anhand von vorab bestimmten Flächensegmenten) oder aber eines Protestzuges (Auswahl anhand einer Reihenzählung) geboten. Zudem wird darauf geachtet, dass sowohl Personen, die sich in der Mitte der Demonstrationsreihen befinden, als auch solche, die an den Rändern des Demonstrationszuges mitlaufen, befragt werden. Konkret durchgeführt wird die Auswahl in Zweierteams, in denen eine Person als »Pointer« anhand vorgegebener Kriterien bestimmt, wer angesprochen wird. Die andere Person des Teams händigt dann den Fragebogen bzw. den Zettel mit der Aufforderung aus, sich an der Onlinebefragung zu beteiligen. Dieses Verfahren dient erstens dazu, den Überblick in dem oft turbulenten Geschehen zu behalten und, zweitens, zu vermeiden, dass die Befrager_innen unbewusst Personen aussuchen, die ihnen besonders sympathisch oder leicht ansprechbar erscheinen. Mithilfe dieses Befragungssystems wird also sichergestellt, dass die Befragten tatsächlich zufällig ausgesucht werden und alle Räume des Demonstrationsgeschehens gleichmäßig abgedeckt werden.

Nun könnte es aber sein, dass die bei der Demonstration angesprochenen Personen zwar dank einer Zufallsstichprobe repräsentativ ausgewählt werden, aber diejenigen, die sich an der Onlineumfrage beteiligen, keineswegs repräsentativ für die Angesprochenen sind. Es ist zum Beispiel möglich, dass netzaffine und junge Teilnehmer_innen eher als andere Gruppen den Onlinefragebogen ausfüllen. In einem solchen Fall wäre dann das Durchschnittsalter derer, die an der Onlineumfrage teilnehmen, geringer als das Durchschnittsalter der Demonstrierenden (und Angesprochenen)

vor Ort. Ebenso ist denkbar, dass Teilnehmer_innen, die über mehr Protesterfahrung verfügen und sich schon länger zum Thema Klima engagieren, eher bereit sind, an der Umfrage teilzunehmen. Um einschätzen zu können, ob es zu einer solchen Verzerrung kommt, haben wir eine Teilgruppe der angesprochenen Personen (zwischen 10 und 20 Prozent) direkt auf der Demonstration gebeten, einen Kurzfragebogen mit elf Fragen auszufüllen. Wir ziehen also gewissermaßen zwei unabhängige Stichproben und wissen bei der kleineren Stichprobe der Vor-Ort-Befragung, dass die Auswahl auch wirklich zufällig war. Wenn die Verteilung der Antworten der ausgefüllten Onlinefragebögen weitgehend mit der Verteilung der Antworten der Vor-Ort-Befragung übereinstimmt, können wir mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die Teilnehmer_innen der Onlineumfrage ebenfalls eine Zufallsauswahl darstellen und nicht einzelne Personengruppen deutlich stärker vertreten sind als dies bei der Demonstration der Fall war. Wir können dann also sagen, dass wir auch für die ganze Demonstration repräsentative Ergebnisse erzielt haben.

Der Vergleich der Antworten aus den direkten Interviews und den Onlinebefragungen förderte ein Ergebnis zutage, dass wir in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hatten. Zusammengefasst: Die durch beide Instrumente ermittelten Merkmalsverteilungen stimmen sehr stark überein. Das soll nachfolgend lediglich für einige Fragen belegt werden:

Der Frauenanteil betrug bei den direkten Interviews vor Ort über alle vier Befragungen hinweg im Durchschnitt 56 Prozent, bei den Onlinebefragungen kommen wir auf genau denselben Wert. Bei der Altersverteilung der Befragten liegen die Werte aus beiden Befragungen sehr nah beieinander. Im März ist die Altersverteilung bei Onlineumfrage und Vor-Ort-Kurzbefragung fast identisch. Das mittlere Alter (Median) beträgt bei der Onlineumfrage 25,8 Jahre, bei der Vor-Ort-Befragung 24,4 Jahre. Bei der Umfrage im November ist das Medianalter derjenigen, die sich an der Onlinebefragung beteiligt haben, etwas höher als bei den Teilnehmer_innen der Vor-Ort-Befragung. Protestierende über 35 haben sich stärker an der Befragung beteiligt als wir das nach den Daten der Vor-Ort-Befragung erwartet hätten. Es lässt sich nicht sagen, ob diese Abweichung eine höhere Antwortbereitschaft der älteren Demonstrierenden widerspiegelt oder ob es bei den von Studierenden durchgeführten Vor-Ort-Interviews evtl. doch die Tendenz gab, eher jüngere Personen anzusprechen. Trotz dieser leichten Abweichung bei den

Novemberbefragungen ist die Übereinstimmung zwischen den Altersverteilungen aber immer noch sehr hoch.

Angesichts der sehr ähnlichen Ergebnisse beider Befragungsmethoden können wir insgesamt davon ausgehen, dass die annähernde Repräsentativität, die wir aufgrund der Zufallsauswahl für die 336 insgesamt durchgeführten Direktinterviews beanspruchen, auch für die Onlinebefragung gilt, auf die sich alle folgenden Analysen beziehen.

Die Analysen in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels basieren auf den insgesamt 700 ausgefüllten Onlinefragebögen der vier Befragungen. Bei der Märzbefragung haben 355 Personen (Berlin 204, Bremen 151) den Fragebogen ausgefüllt. Bei der Novemberbefragung waren es 345 Personen (Berlin 104, Bremen 241).

Wer sind die Teilnehmer_innen der FFF-Demonstrationen?

Wer engagiert sich bei den Protesten von *Fridays for Future*? Ein zentrales Interesse unserer Befragungen galt dem soziodemografischen Profil der Protestierenden. Sowohl unser persönlicher Eindruck vor Ort als auch die mediale Darstellung der Proteste ließen insbesondere bei unseren ersten Befragungen im März 2019 eine ausgesprochen junge Altersstruktur vermuten. Mit der Mobilisierung weiterer gesellschaftlicher Gruppen über den Sozialraum Schule hinaus war im Hinblick auf sozio-demografische Besonderheiten mit einer Nivellierung des Profils, hier verstanden als Verschiebung hin zu einem für die Gesamtbevölkerung repräsentativeren Profil, zu rechnen. Wie schon angedeutet, konnte insbesondere die Vermutung der Altersverschiebung bereits für die großen Proteste am 20. September bestätigt werden (Neuber/Gardner 2020). Im Folgenden gehen wir unter anderem der Frage nach, ob sich dieser Trend im November fortgesetzt hat und ob es erneut gelungen war, auch ältere Menschen für den Protest zu gewinnen.

Bei der Darstellung aller Ergebnisse gilt es zu beachten, dass Demonstrierende in den wenigsten Fällen ein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung sind. Vielmehr hängt die aktive Beteiligung an Protesten stark von soziostruktturellen Merkmalen ab. So zeigen zahlreiche Studien für Deutschland und viele andere westeuropäische Länder, dass vor allem formal höher Gebildete, Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen und die Alterskohorte der 30- bis 50-Jährigen sich an Straßenprotesten be-

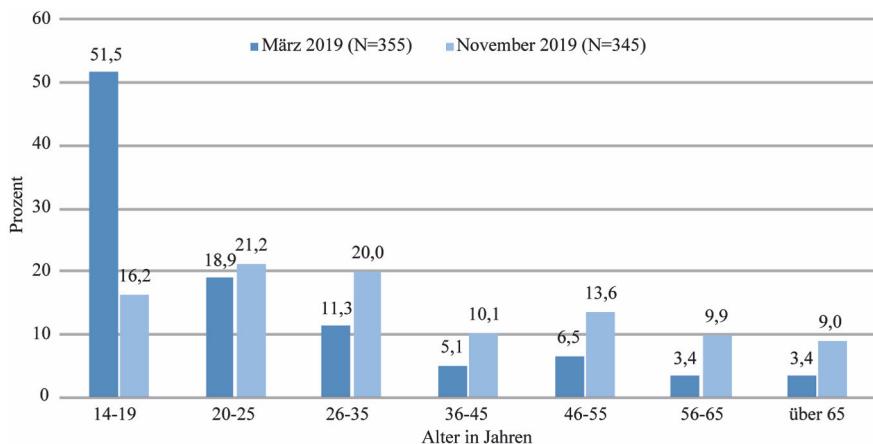
teiligen (van Aelst/Walgrave 2001; Olcese/Saunders/Tzavidis 2014). Während solche Aktivitäten lange stark von Männern geprägt waren, weisen jüngere Untersuchungen auf einen Trend zu einer annähernd paritätischen Verteilung der Geschlechter hin (Andretta/della Porta 2014: 326 ff.). Im Folgenden wird das Profil der FFF-Protestierenden im Hinblick auf einige soziodemografische Merkmale genauer betrachtet. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Veränderung des Profils zwischen März und November 2019.

Entgegen der weit verbreiteten Vermutung, FFF würde ausschließlich von sehr jungen Schüler_innen getragen, zeigen unsere Befragungen ein differenzierteres Bild. Allerdings ist daran zu erinnern, dass unsere Befragung nur Teilnehmer_innen ab 14 Jahren einschließt. Das tatsächliche Durchschnittsalter dürfte demnach sowohl bei den Demonstrationen im März als auch im November unter den von uns ermittelten Werten liegen. Hier nicht dargestellt ist der Vergleich zwischen Bremen und Berlin. Während die Demonstrierenden in Bremen im März 2019 etwas jünger waren als die in Berlin, kehrt sich das Verhältnis bei den Ergebnissen der Befragung im November um.

Die starke Dominanz der Jungen zeigt sich in erster Linie bei der zu diesem Zeitpunkt noch recht neuen Bewegung im März 2019 (Abb. 2.1). So ist im März die Gruppe der 14- bis 19-Jährigen mit 51,5 Prozent am stärksten vertreten, gefolgt von der Gruppe der 20- bis 25-Jährigen mit knapp 19 Prozent und – dann in Zehn-Jahres-Schritten – der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen mit 11,3 Prozent. Das Medianalter liegt bei 19 Jahren. Bei der Befragung im November zeigt sich analog zu den Septemberprotesten eine deutlich andere Verteilung. Während die Quote der 14- bis 19-Jährigen auf 16,2 Prozent sehr stark zurückgeht, steigen die Anteile aller anderen Altersgruppen zum Teil deutlich an. Insgesamt ergibt sich eine deutlich ausgeglichene Altersstruktur. Das Medianalter steigt im Vergleich zum März um elf Jahre auf nunmehr 30 Jahre. Bei der Interpretation der Daten ist allerdings die ungleiche Spannweite der beiden von uns gebildeten Alterskategorien zu beachten; zusammengefasst als Gruppe der »Jugendlichen« sind die 14- bis 25-Jährigen mit 37,4 Prozent auch bei den Novemberprotesten am stärksten vertreten.

Diese Daten verdeutlichen, dass der Protest vor allem in der Frühphase der Bewegung im Wesentlichen von jungen Menschen getragen wird, aber auch Erwachsene und ältere Menschen sich beteiligen und solidarisch zeigen. Dieses Engagement der Erwachsenen ist im November noch wesentlich

Abbildung 2.1: Altersstruktur der Protestierenden im März und November 2019



stärker und bestätigt den Trend, der sich bereits im Verlauf des Jahres angedeutet hatte. Zumindest im Hinblick auf ihre Präsenz auf der Straße lässt sich *Fridays for Future* nicht länger auf eine Bewegung von Schüler_innen reduzieren. Und dennoch: Insgesamt handelt es sich bei FFF um eine außergewöhnlich junge Protestbewegung, wie der Vergleich mit anderen von uns und unseren Kolleg_innen untersuchten Demonstrationen zeigt (Abb. 2.2).

Diese anderen Demonstrationen – von Pegida 2015 bis zu den G20-Protesten in Hamburg 2017 – waren in erster Linie durch die mittleren Alterskategorien geprägt. Der Mittelwert der Gruppe der unter 25-Jährigen liegt für die Gesamtheit dieser Proteste bei nur 14 Prozent, während er bei den FFF-Protesten im März 2019 mehr als 70 Prozent beträgt und auch im November 2019 mit 37,4 Prozent deutlich darüber liegt.

In der öffentlichen Wahrnehmung von *Fridays for Future* spielen Frauen eine große Rolle. Neben Greta Thunberg, die als Gründerin der weltweiten Bewegung gilt, prägen in Deutschland junge Frauen wie Luisa Neubauer, Clara Mayer und Carla Reemtsma das Bild. Dieses lässt sich auch jenseits solcher bekannten Repräsentantinnen in der Zusammensetzung der Protestierenden auf der Straße wiederfinden. Unsere Untersuchungen zeigen einen auffällig hohen Frauenanteil auch im Vergleich zu den meisten sonstigen Großdemonstrationen in Deutschland. Bei der Befragung von Demonstrierenden gegen Stuttgart 21 betrug der Frauenanteil 40 Prozent (Baumgarten/Rucht 2013); unter den Pegida-Demonstrierenden lag er lediglich bei

18 Prozent (Daphi u. a. 2015); bei den Protesten gegen den G20-Gipfel 2017 (Haunss u. a. 2017) und gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA 2015 (Daphi u. a. 2015) war das Verhältnis der Geschlechter nahezu ausgeglichen. Im Falle der FFF-Proteste in Berlin und Bremen betrug der Frauenanteil im März 2019 fast 60 Prozent. Im November kommt es auch in dieser Hinsicht zu einer Verschiebung hin zu einem für die Gesamtbevölkerung repräsentativeren Profil. Mit einem Anteil von knapp 54 Prozent sind Frauen aber weiterhin überrepräsentiert. Das gilt insbesondere für die Gruppe der Jugendlichen bis 25 Jahre mit einem Frauenanteil von 58,1 Prozent (zum Vergleich: 61,5 Prozent im März 2019).

Abbildung 2.2: Altersstruktur von Teilnehmer_innen an ausgewählten Demonstrationen in Deutschland

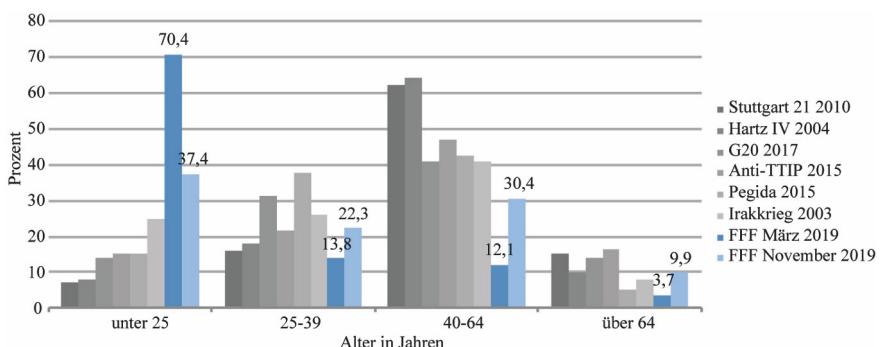


Tabelle 2.2 zum höchsten erreichten (beziehungsweise bei den Schüler_innen angestrebten) Bildungsabschluss verdeutlicht die starke soziale Selektivität der Demonstrierenden, die tendenziell dem Bildungsbürgertum angehören. Das wird besonders bei der Befragung im November deutlich. Rund die Hälfte der Befragten gibt an, über einen Studienabschluss zu verfügen oder diesen anzustreben; weitere zehn Prozent promovieren oder haben bereits promoviert. Das sind Werte, die weit über denen der Gesamtbevölkerung liegen.² Die niedrigeren Werte für die Proteste im März 2019 sind in

2 Die Quote der Personen mit Hochschulabschluss unterscheidet sich stark nach Altersgruppen. Laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 6. September 2018 »verfügen 29 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Hochschulabschluss, während der

erster Linie auf den deutlich höheren Anteil von Schüler_innen zurückzuführen (März 2019: knapp 50 Prozent, November 2019: 11 Prozent). In dieser Gruppe der jüngsten Demonstrierenden wird die soziale Zugehörigkeit zum Bildungsbürgertum deutlich, wenn der Bildungsgrad der Elternteile herangezogen wird. Bei 45,8 Prozent der im März befragten Schüler_innen bis 19 Jahre hat die Mutter einen Hochschulabschluss; bei den Vätern sind es sogar knapp 50 Prozent.

Tabelle 2.2: Bildungsabschlüsse der Protestierenden im März und November 2019 in Prozent

Ausbildungsgrad/höchster Abschluss	März 2019	November 2019
Keinen Schulabschluss/Grundschule	1,5	0,3
Hauptschulabschluss	0,9	0,0
Realschulabschluss/POS/mittlerer Schulabschluss	4,5	3,5
Fachhochschulreife/Abitur	55,1	34,6
Abgeschlossenes Studium	32,1	50,9
Promotion	4,8	10,7
Sonstiges	1,2	0,0
Gesamt Prozent	100,0	100,0
N	336	318

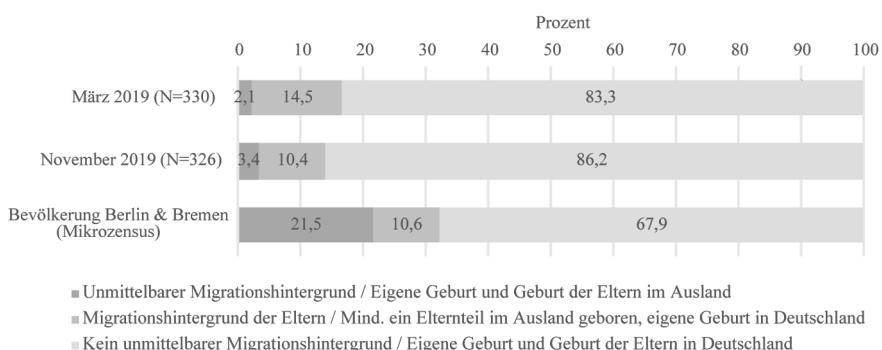
Einen weiteren Hinweis für die Ermittlung des sozialen Hintergrunds der Protestierenden bietet die subjektive Schichteinstufung der Befragten. Hier wurde die im britischen Sprachraum und weiteren europäischen Ländern durchaus gebräuchliche und wenig schambesetzte Kategorie *working class* im deutschen Fragebogen mit dem Begriff »Arbeiterschicht« übersetzt. Erwartungsgemäß ist diese Kategorie mit jeweils rund fünf Prozent im März und November 2019 schwach besetzt und würde vermutlich auch bei einer

Anteil unter den 60- bis 64-Jährigen bei 19 % lag« (siehe www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/09/PD18_332_217.html). Der Anteil der Promovierten in der Gesamtbevölkerung liegt bei rund einem Prozent.

anderen Bezeichnung in Deutschland nicht wesentlich höher ausfallen. Insgesamt ist die subjektive Schichteinstufung bei unseren beiden Befragungswellen nahezu identisch. Wie in der Gesamtbevölkerung ist der Anteil derer, die sich der Oberschicht zuordnen, mit 2,4 Prozent (März) bzw. 3,6 Prozent (November) sehr gering. Am stärksten vertreten sind Selbstzuschreibungen zur oberen Mittelschicht mit jeweils rund 57 Prozent und zur unteren Mittelschicht mit Werten zwischen 33 und 35 Prozent. Die Jugendlichen verorten sich insgesamt etwas weiter oben als die Erwachsenen, gaben aber auch häufiger an, sich keiner Schicht zuzuordnen oder keine klare Meinung zu dieser Frage zu haben.

Die Demonstrierenden wurden auch nach ihren Herkunftsländern befragt. Das Bild ist eindeutig. Die weitaus meisten Befragten sind in Deutschland geboren. Mit 97 Prozent liegt der Anteil im März höher als im November (90,7 Prozent). Neben den Angaben zum eigenen Geburtsland wurden die Befragten auch gebeten, das Geburtsland ihrer Eltern anzugeben. Daraus lässt sich der individuelle Migrationshintergrund rekonstruieren und mit der Gesamtbevölkerung vergleichen (Abb. 2.3). Dabei zeigt sich, dass Personen mit unmittelbarem Migrationshintergrund im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt in Berlin und Bremen deutlich unterrepräsentiert sind, aber die Gruppe derjenigen, die mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil haben, relativ stark vertreten ist.

Abbildung 2.3: Migrationshintergrund der Protestierenden im März und November 2019



Anliegen und Motivation der Demonstrierenden

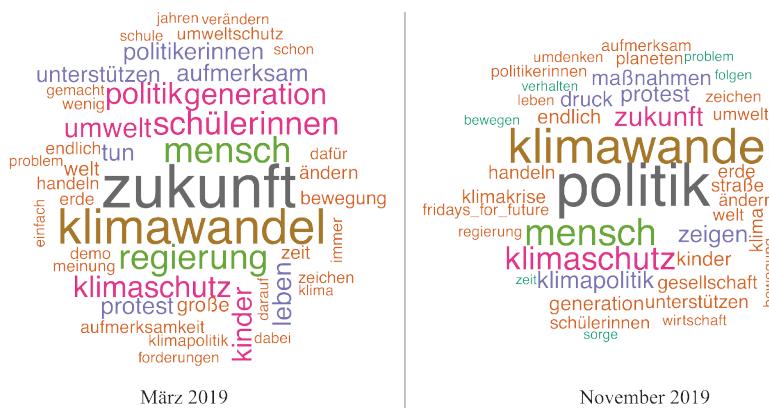
Ein weiteres zentrales Ziel unserer Umfragen war es, mehr über die Motive der Demonstrant_innen zu erfahren. Dafür haben wir im ersten Teil des Fragebogens drei offene Fragen gestellt. Die Antworten wurden einerseits quantitativ ausgewertet. Die Wortwolken (Abb. 2.4) zeigen die am häufigsten genannten Begriffe. Andererseits haben wir die Antworten auch im Einzelnen gesichtet und stellen im Folgenden einzelne Statements der Protestierenden vor.³

Schaut man sich die am häufigsten genannten Begriffe in den Antworten auf die offene Frage nach den Gründen für die Teilnahme an der Demonstration an, wird – wenig überraschend – deutlich, dass die zentralen Themen, der Kampf gegen den Klimawandel und für Klimaschutz, im November im Vergleich zum März gleich geblieben sind. Die Frage der Generationengerechtigkeit und andere Aspekte unter dem Label der Generationen sind im November nicht mehr so stark im Vordergrund. Während die Regierung als Adressatin der Proteste im März konkret und sehr prominent in den Statements angesprochen wurde, geht es den Demonstrierenden im November etwas abstrakter um die Änderung der (Klima-)Politik. Dass der Generationsaspekt im November nicht mehr so bedeutsam ist und auch die Häufigkeit der damit eng verbundenen Begriffe »Kinder« und »Schüler_innen« abnimmt, hängt vermutlich unmittelbar mit der oben skizzierten veränderten Altersstruktur der Demonstrierenden zusammen, bei denen Schüler_innen nicht länger die größte Gruppe bilden. »Fridays for Future« ist erst im November unter den am häufigsten genannten Begriffen zu finden – ein Zeichen dafür, dass die Bewegung stärker als noch im März als kollektiver Akteur präsent ist.

Die deutende Rahmung das Framing des Klimawandels als dringendes Problem, das unmittelbar angegangen werden muss, um die eigene Zukunft und die Zukunft der Menschheit und des Planeten sicherzustellen, ist eine zentrale Leistung von FFF. Während bei vorangegangenen Klimaprotesten der Klimawandel oft als globales und in weiter Zukunft liegendes Problem erschien, ist es FFF gelungen, die Dringlichkeit des jetzt notwendigen Handelns zu kommunizieren. Aus Statements wie beispielsweise der folgenden

³ Die nachfolgenden Zitate werden im Original inklusive sprachlicher Fehler zitiert.

Abbildung 2.4: Zentrale Motive der Demonstrierenden im März und November 2019; Antworten auf die Frage: »Bitte sagen Sie uns kurz, warum Sie an diesem Protest teilgenommen haben.«



Antwort vom März auf die Frage, warum man sich an den Protesten beteilige: »Weil sich in der Politik etwas ändern muss und wenn die das nicht angehen oder merken, müssen wir halt für unsere Zukunft kämpfen! Die notwendigen Maßnahmen müssen umgesetzt werden«, spricht eine Sorge um die eigene Zukunft. Vielfach wird dabei die besondere Rolle von Jugendlichen betont: Diese gingen auf die Straße »Um zu zeigen, dass wir Schüler eine große Gruppe sind, die sich für ihre Zukunft interessiert, und auch eine politische Meinung haben.« Oder: »Ich finde es wichtig, dass gerade junge Menschen auf die Straße gehen und für ihre Zukunft eintreten, um wirklich etwas zu ändern.«

Vereinzelt werden auch spezifischere Motive genannt: »Um eine Rede zu halten und gegen den Kapitalismus zu demonstrieren.« Ein/e andere/r Teilnehmer_in nennt an erster Stelle eine berufsbezogene Motivation: »Mein Arbeitsplatz hängt vom Klima ab (Forstwirtschaft). Außerdem bin ich sehr naturverbunden, das Aussterben von Tier-, Insekten und Pflanzenarten erschreckt mich, ich halte dies für grausam und unnötig. Die Politik tut nichts, hält eigene Klimaziele nicht ein, greift nicht durch.« In manchen Antworten kommt auch der tragende Einfluss der sozialen Umgebung zum Ausdruck: »Wir wurden in der Schule darauf aufmerksam gemacht und haben uns dann entschlossen teilzunehmen.«

Ältere Befragte erklären sich solidarisch mit den Jungen: »Ich finde es wichtig, dass gerade junge Menschen auf die Straße gehen und für ihre Zukunft eintreten, um wirklich etwas zu ändern.« Oder: »Ich finde den Protest der Jugendlichen großartig und möchte meinen Enkeln eine bewohnbare Erde hinterlassen. War dort zusammen mit meiner Tochter und Enkelin.«

In den Antworten auf die offene Frage nach den Schuldigen des Klimawandels gab es zwischen März und November keine nennenswerten Veränderungen. Es lassen sich grob zwei Perspektiven unterscheiden. Bei einem Teil der Befragten steht individuelles Handeln im Vordergrund. Sie betonen, dass alle Menschen durch ihren Konsum und Lebensstil die Schuld am Klimawandel tragen: Verantwortlich sei »der mensch und seine gier nach mehr«, »Der verschwenderische Lebensstil von uns Menschen« oder »Der Mensch im allgemeinen und der westliche Lebensstil im Besonderen«.

Die andere Gruppe der Befragten sieht in erster Linie die Wirtschaft bzw. Industrie oder Unternehmen und Politik in der Verantwortung. So heißt es: »Untätigkeit der Regierungen, dubiose Wirtschaftskonzerne« und »100 Konzerne weltweit emittieren 71 Prozent des gesamten CO₂ und die Regierungen (unter anderem die deutsche) die diese Konzerne regulieren könnten sind zu korrupt um etwas zu ändern.« Eine andere befragte Person meint:

»Die Schuld am Klimawandel tragen für mich die Regierung und die Industrie. Ich habe das Gefühl, dass viele Industriebetriebe auf den Umweltschutz scheißen. Es geht nur darum, so wenig Kosten wie möglich zu haben und so viel Geld wie möglich zu scheffeln. Da wird im Einkauf zum Beispiel lieber der Rohstoff genommen der günstig, aber überhaupt nicht gut für die Umwelt ist, anstatt den Rohstoff, der umweltschonender abgebaut wird und deshalb ein bisschen teurer ist. Vor allem wenn man nach China schaut, sieht man ja, wie stark die Industriebetriebe die Umwelt verschmutzen ... Und bei der Politik habe ich öfters das Gefühl, dass die Politiker ›ja ja machen wir sagen, um uns zu besänftigen, aber die Umsetzung erst in 10 oder 20 Jahren planen. Ich finde diese Umsetzungszeiten so oft viel zu lange. Viele Sachen müssen viel schneller umgesetzt werden.«

Viele Statements verbinden die Perspektiven einer Kollektivschuld und der Schuld spezifischer Institutionen und Akteursgruppen nach folgendem Muster: Schuld trügen »Wir alle, ganz besonders aber die Industrie und einige Unternehmen«. Seltener wird explizit eine systembezogene Schuldzuweisung vorgenommen, wie in den folgenden beiden Antworten: »die kapitalistische Wirtschaftsweise, der endloser Wachstum und Raubbau an der

Natur inhärent sind« oder »Das grundlegende Problem ist der Kapitalismus. Das Paradigma vom unendlichen Wachstum verstößt gegen die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten eines begrenzten Systems wie der Erde. Somit ist der Konsum der Bürger der wohlhabenden Länder letztendlich der Hauptverursacher des Klimawandels.«

Bei der Frage nach den Handlungsoptionen gibt es einen weniger klar ausgeprägten Fokus als bei den Protestmotiven und der Zuschreibung von Schuld am Klimawandel. Neben allgemein gehaltenen Voten für »Bildung und Aufklärung« werden konkrete Maßnahmen wie auch globale Handlungsoptionen genannt. Gelegentlich finden sich Vorschläge zu Einzelmaßnahmen auf individueller Ebene, darunter »Fleischkonsum reduzieren«, »weniger Plastik«, »mit Fahrrad fahren«, »Kohleausstieg« oder »keine Massentierhaltung«. Häufiger werden in Form einer Liste mehrere konkrete Maßnahmen angeführt, z. B.: »Wir müssen bei uns selber anfangen. Zug fahren statt zu fliegen, weniger Plastik verbrauchen, weniger Fleisch bzw. Tierprodukte essen, Mehr Fahrrad fahren statt SUV's, öfters second hand shoppen gehen, unsern Konsum minimieren usw.«

In vielen Antworten werden sowohl die bereits zitierten individuellen Verhaltensänderungen als auch strukturelle Maßnahmen (z. B. Kohleausstieg, strenge Auflagen für die Industrie, Erschwerung der Massentierhaltung) angemahnt. Bei den Antworten der Novemberumfrage werden häufiger in Reaktion auf die Klimabeschlüsse der Bundesregierung höhere CO₂-Steuern gefordert. In der Kritik steht vor allem die Orientierung am Wirtschaftswachstum, teilweise verbunden mit dem expliziten Plädoyer für eine »Postwachstumsökonomie« und »Zeitwohlstand als neue immaterielle Wohlstandsorientierung«. Nicht alle vertrauen jedoch auf Einsicht und Verhaltensänderungen. Häufiger werden strengere gesetzliche Regelungen gefordert: »Die Regierungen dürfen nicht weiter auf ›Freiwilligkeit‹ setzen. Ich glaube, dass sich die Menschen im Grunde Regeln, also auch Verbote, wünschen. Z. B. Innenstadt fahrverbote und Tempolimits. Mehr Auflagen an die Wirtschaft, umweltfreundlichere Verfahren zu entwickeln.«

Nur sehr vereinzelt setzen Demonstrationsteilnehmer_innen auf marktwirtschaftliche Mittel: »Die Marktwirtschaft könnte das Problem schnell lösen. Es muss finanziell lukrativ werden, umweltfreundlich zu sein. Eine CO₂-Steuer wäre ein Schritt in diese Richtung.« Häufiger wird dagegen ein grundlegender Wechsel der Wirtschaftsordnung für erforderlich gehalten: »Der Kapitalismus muss abgeschafft werden und ersetzt werden durch ein System das das Wohl

des planeten und Menschen über das der Konzerne stellt«, oder: »Es muss ein kompletter Wandel im Wirtschaftssystem erfolgen. Klimaschutz und Wirtschaftswachstum (nach heutigem Verständnis) sind zwei gegensätzliche Ziele.«

Wissenschaftliche Erkenntnisse werden relativ häufig als Referenzpunkte genannt, an denen sich Maßnahmen orientieren sollten. Einzelne gehen sogar so weit zu fordern, die Politik solle sich der Wissenschaft unterordnen: »Wissenschaftler sollten sich zusammen setzen und Lösungen finde (sic!), die dann die Regierung umsetzen muss. Aber auch in Schulen sollte mehr Aufklärung über den Klimawandel stattfinden und unterrichtet werden wie jeder einzelne ein wenig gegen den Klimawandel tun kann.«

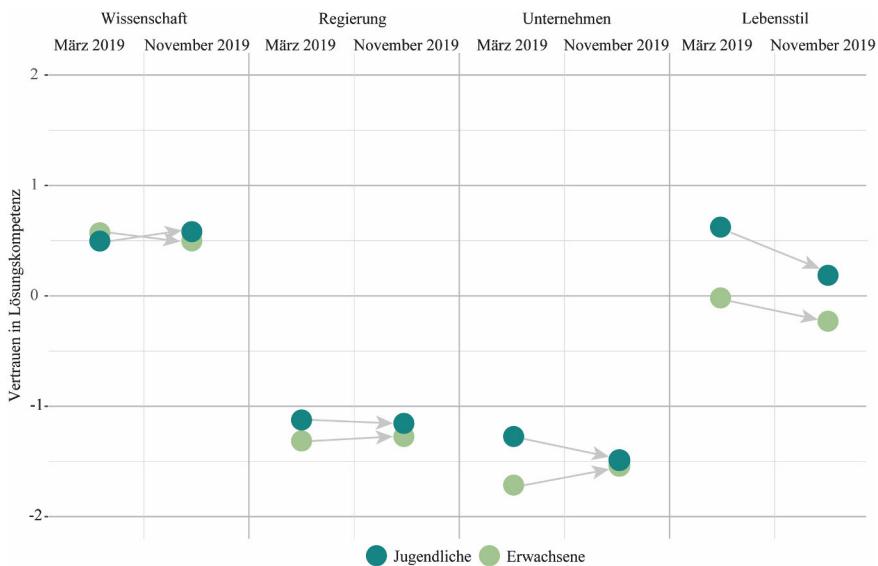
Bei den Antworten auf die offenen Fragen ist bemerkenswert, dass fast alle Befragten die drei offenen Fragen oft sehr ausführlich und differenziert beantwortet haben. Dies sind klare Indizien für die hohe Motivation der Protestierenden und für das Verlangen, ihren Forderungen und Sorgen Gehör zu verschaffen.

Der schon in den offenen Fragen erkennbare Fokus auf die (institutiionisierte) Politik tritt auch in den Antworten auf die Fragen mit vorgegebenen Antwortoptionen zutage. Dabei sollten die Befragten auf einer Fünferskala angeben, inwiefern sie zentralen Aussagen zustimmen. Fasst man die beiden Zustimmungskategorien (»stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu«) zusammen, dann erzielte die Aussage »Ich habe an der Demonstration teilgenommen, um Politiker_innen unter Druck zu setzen etwas zu ändern« sehr hohe Zustimmungswerte von rund 90 Prozent bei der Märzbefragung und sogar 92,1 Prozent im November. Etwas gesunken (von 81,6 Prozent auf 76,0 Prozent) ist dagegen der Anteil der Demonstrierenden, die am Protest teilnehmen, um »ihre Interessen verteidigen« zu wollen. Hier spiegeln die Zahlen die veränderte Alterszusammensetzung der Demonstrationen wider: Die Schüler_innen bzw. Jugendlichen formulieren den Kampf gegen den Klimawandel offensiver als ihr individuelles Interesse. Ansonsten gibt es bei den Antworten auf die Fragen nach den Motiven für die Teilnahme an der Demonstration keinen nennenswerten Unterschied zwischen März und November. Jeweils über 80 Prozent geben an, sie seien auf der Straße, um ihre Ansichten auszudrücken, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und um Solidarität zu bekunden. 72 Prozent geben zudem an, sich moralisch verpflichtet zu fühlen, an den Protesten teilzunehmen. Nur ein sehr kleiner Teil (3,0 Prozent) bekundet, an der Demonstration teilgenommen zu haben, weil sie oder er darum gebeten worden sei.

Während die etablierte Politik klar die Adressatin der Proteste ist, zeigt sich bei den Antworten auf die Frage, auf welche Akteure man sich verlassen könne, um die Umweltprobleme zu lösen und den Klimawandel zu stoppen, dass man den Politiker_innen, die aktuell an der Macht sind, nicht zutraut, aus eigenem Antrieb etwas zu unternehmen (Abb. 2.5). Der Aussage »Bei der Lösung unserer Umweltprobleme können wir uns auf die Regierungen (bzw. auf Unternehmen und Markt) verlassen.« stimmt weniger als ein Prozent der Befragten zu. Offenbar haben weder das Klimapaket der Bundesregierung noch Äußerungen einzelner Wirtschaftsvertreter_innen, mit freiwilligen Maßnahmen etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen, die Demonstrant_innen überzeugt. Große Zustimmung findet dagegen die Aussage »Bei der Lösung unserer Umweltprobleme kann man sich auf die moderne Wissenschaft verlassen.«: Knapp über die Hälfte (50,8 Prozent) der Befragten stimmen dieser Aussage zu; weitere 36,7 Prozent sind unentschlossen; nur 12 Prozent vertrauen nicht auf die Wissenschaft. Mit dieser sehr positiven Einstellung zur Wissenschaft unterscheidet sich *Fridays for Future* deutlich von früheren Umweltprekten, bei denen zuweilen wissenschaftliche Erkenntnisse infrage gestellt wurden.

Da die Wissenschaft nur Lösungswege aufzeigen, diese Lösungen aber nicht umsetzen kann, bringen die Demonstrierenden sich selbst als Akteursgruppe ins Spiel: 37,6 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu »Um den Klimawandel zu stoppen bedarf es in erster Linie freiwilliger Änderungen des individuellen Lebensstils.« Etwa genauso viele (37,2 Prozent) sind in dieser Frage unentschlossen. Bemerkenswert ist, dass die erwachsenen Teilnehmer_innen der Aussage, durch einen Wandel ihres Lebensstils den Klimawandel stoppen zu können, deutlich skeptischer gegenüberstehen als die Jugendlichen. Deren Zuversicht ist allerdings zwischen März und November leicht gesunken. Dieser Rückgang könnte entweder ein Ergebnis der öffentlichen Diskussion sein, die über die Möglichkeiten und Grenzen geführt wird, den Klimawandel durch einen Wandel des Lebensstils zu ändern. Er könnte die leicht gewachsene Skepsis widerspiegeln oder bedeuten, dass diejenigen, die politische Lösungen suchen, eher bei den Protesten dabeibleiben als diejenigen, die individuelle Lösungen ebenfalls für aussichtsreich halten. Ansonsten bleiben die Zahlen zwischen März und November recht konstant, und es findet tendenziell eine Angleichung der Positionen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen statt.

*Abbildung 2.5: Zuschreibung von Lösungskompetenz für Klimaprobleme,
Mittelwerte der 5er-Skala von »überhaupt nicht« (-2) bis »voll und ganz« (2)*



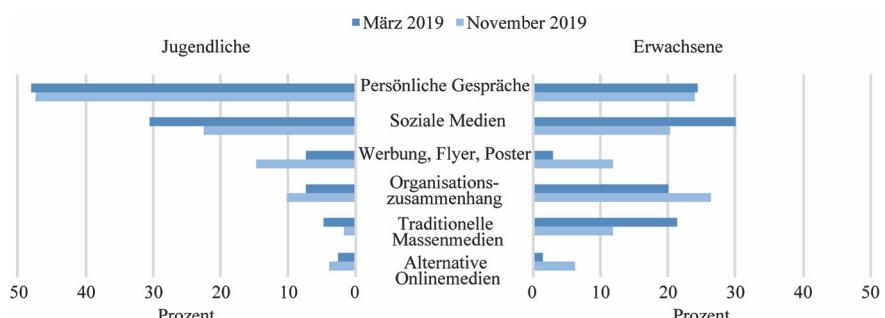
Wege der Mobilisierung

Wie wurden die Teilnehmer_innen mobilisiert und wie gelang es, insbesondere im März so viele junge Menschen auf die Straße zu bringen? Der individuelle Mobilisierungsprozess und die Entscheidung, an einer Demonstration teilzunehmen, basieren auf Informationen und Kommunikation. Potenzielle Teilnehmer_innen erfahren von Demonstrationen in den Medien oder in Gesprächen mit Gleichgesinnten, Kolleg_innen oder Mitschüler_innen. Andere folgen den Aufrufen von Organisationen. Um die Mobilisierungswege der Demonstrierenden nachzuzeichnen, haben wir zum einen nach den wichtigsten Informationswegen gefragt, über die die Teilnehmer_innen von der Demonstration erfahren haben. Darüber hinaus baten wir die Befragten anzugeben, ob sie allein oder in Begleitung auf der Demonstration seien. Schließlich fragten wir nach der Bedeutung von Greta Thunberg und danach, ob sie eine wesentliche Rolle für die Entscheidung zur Teilnahme am Protest gespielt habe.

Abbildung 2.6 stellt die Informationswege der Jugendlichen und der Erwachsenen jeweils für die März- und Novemberbefragung dar. Die Befragten sollten nur den jeweils wichtigsten Informationsweg angeben.

Für die jugendlichen Demonstrierenden spielen persönliche Gespräche mit Freund_innen, Bekannten oder Mitschüler_innen eine zentrale Rolle: Sowohl im März als auch im November gibt jeweils knapp die Hälfte an, in erster Linie auf diese Weise vom Klimastreik erfahren zu haben. Hier wird deutlich, dass der unmittelbare, persönliche Austausch in der Schule und in der Universität ganz wesentlich zum Mobilisierungserfolg von FFF bei den Jugendlichen beiträgt. Persönliche Gespräche stellen ein höheres Maß an Verbindlichkeit her als mittelbare Informationen über digitale und analoge Medien – was vor allem für diejenigen, die zum ersten Mal protestieren, ein wichtiger Faktor sein dürfte. Die digitalen sozialen Medien folgen mit einem Abstand, wobei ihre Bedeutung im März (30,4 Prozent) etwas stärker ist als im November (22,5 Prozent). Noch hinter klassischem Mobilisierungsmaterial wie Flyern und Postern spielt die interne Kommunikation im Kontext von Organisationen oder Initiativen mit rund sieben Prozent (März) bzw. zehn Prozent (November) für die Jugendlichen eine geringe Rolle. Dieser Wert ist bei *Fridays for Future* deutlich geringer als beispielsweise bei den G20-Protesten in Hamburg 2017 (Haunss u. a. 2017) oder den Anti-TTIP/CETA-Protesten in Berlin 2015 (Daphi u. a. 2015). Das Ergebnis widerspricht deutlich der These von der Manipulation der Demonstrierenden durch Parteien oder Umweltschutzorganisationen.

Abbildung 2.6: Informationswege zur Protestbeteiligung von Jugendlichen und Erwachsenen



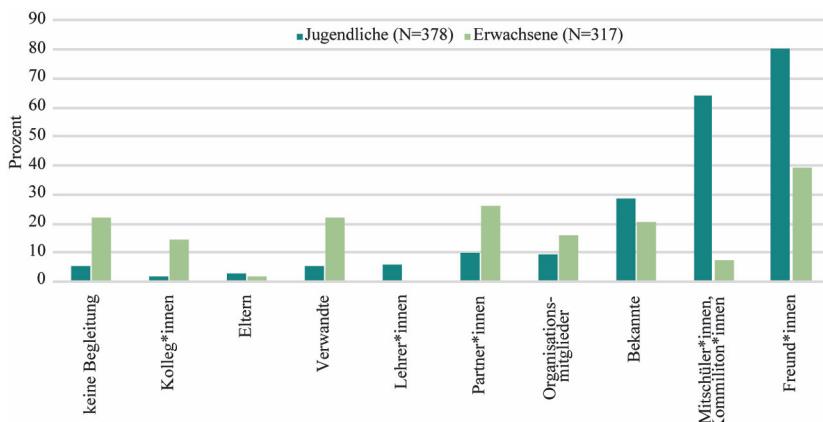
Erwachsene nutzen andere Informationsquellen als Jugendliche. Direkte soziale Kontakte sind für sie mit jeweils rund 24 Prozent im März und November weitaus weniger bedeutsam als für die Jugendlichen und in der Gesamtschau ähnlich wichtig wie soziale Medien. Organisationen, Initiativen oder Vereine spielen bei der Mobilisierung von Erwachsenen eine wesentlich größere Rolle (März: 20,0 Prozent, November: 26,3 Prozent) als bei Jugendlichen. Wenig überraschend ist, dass auch traditionelle Massenmedien wie Zeitung, TV und Radio bei den Erwachsenen eine wichtigere Informationsquelle sind als bei den Jugendlichen.

Während sich also der zentrale Informationskanal von Jugendlichen und Erwachsenen stark voneinander unterscheidet, sind die zeitlichen Veränderungen zwischen März und November in beiden Gruppen sehr ähnlich. Die Bedeutung persönlicher Kontakte bleibt nahezu konstant. Anonyme und indirekte Formen der Mobilisierung wie Massenmedien und sozialen Medien verlieren an Bedeutung, Mobilisierungsmedien, wie Demonstrationsflyer oder die Kommunikation von Organisationen, die in erster Linie bereits Engagierte erreichen, gewinnen dagegen zunehmend mehr Gewicht.

Der Eindruck, dass direkte soziale Kontakte und *Peers* für die Mobilisierung von Jugendlichen wichtiger waren als für Erwachsene, wird durch den zweiten Themenkomplex in diesem Abschnitt, nämlich der Frage nach der Demonstrationsbegleitung, bestätigt. Im Unterschied zu den vorangehenden Abbildungen interessiert uns in Abbildung 2.7 nicht der zeitliche Verlauf, sondern die Gegenüberstellung der beiden Altersgruppen.

Für die Schüler_innen und Jugendlichen sind die FFF-Demonstrationen *soziale Ereignisse*. Nur fünf Prozent (März: 3,5 Prozent, November: 8,6 Prozent) geben an, allein zur Demonstration gekommen zu sein; unter den Erwachsenen sind es mit jeweils etwas über 20 Prozent deutlich mehr. Für diejenigen Jugendlichen, die mit anderen gemeinsam unterwegs sind, sind Freund_innen, Mitschüler_innen und Kommiliton_innen die mit Abstand wichtigsten Begleiter_innen. Die Familie dagegen spielt für die bis 25-Jährigen nur eine nachgeordnete Rolle. Ebenso ist die Begleitung durch Mitstreiter_innen aus Vereinen und Organisationen vergleichsweise wenig relevant. Auch die älteren Befragten gehen in erster Linie mit Freund_innen und (deutlich häufiger) mit ihren Partner_innen zur Demonstration, doch ist im Vergleich zu den Jugendlichen diese soziale Dimension des Protests insgesamt weniger bedeutsam.

Abbildung 2.7: Demonstrationsbegleitung bei Jugendlichen und Erwachsenen
(März und November 2019)



Die Befunde zu den Informationskanälen und der Demonstrationsbegleitung legen somit nahe, dass insbesondere soziale Kontakte im direkten Umfeld der Jugendlichen (nicht aber in der Familie) der wesentliche Faktor im Mobilisierungsprozess waren. Dieser Befund ist *per se* nicht ungewöhnlich und bestätigt vielmehr die zentrale Rolle persönlicher Beziehungen im Mobilisierungsprozess zu Demonstrationen, die wir auch für andere Proteste und nicht zuletzt bei den Septemberdemonstrationen von *Fridays for Future* feststellen konnten (de Moor u. a. 2020: 18). Im Kontext der politischen Debatte um die Proteste von *Fridays for Future* sprechen auch diese Zahlen eindeutig gegen die These einer Fremdsteuerung der Proteste durch externe Organisationen oder auch durch die Eltern. Deutlich wird zudem, dass digitale soziale Medien zwar eine wichtige, aber insbesondere unter den Jugendlichen nicht die zentrale Informationsquelle für die Teilnahme an den Demonstrationen sind. Im Gesamtbild widersprechen diese Befunde der vielfach geäußerten Meinung, insbesondere Jugendliche würden heutzutage fast ausschließlich über digitale Kommunikation angesprochen und auf diesem Wege für politische Anliegen interessiert und mobilisiert.

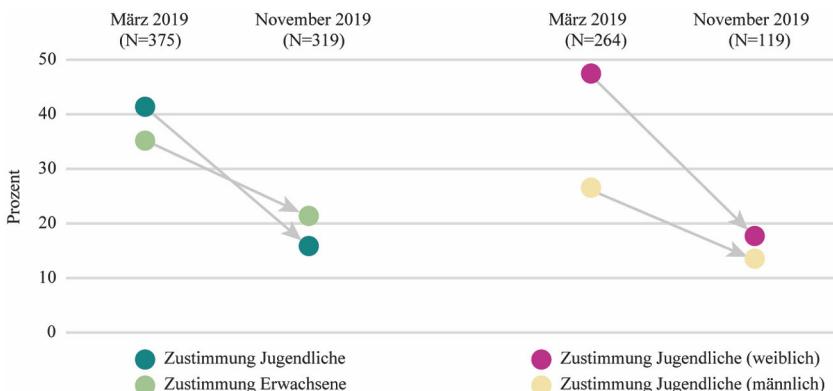
Eine weitere Vermutung, die immer wieder geäußert wurde, um die hohe Anziehungskraft von FFF für junge Menschen zu erklären, ist die Person Greta Thunberg. Diese wirke, so die These, mit ihrem selbstbewussten Auftreten, ihrer Handlungskonsequenz und ihren kompromisslosen Forde-

rungen als Rollenmodell. Ihre medienwirksamen Auftritte auf dem Parkett der nationalen und internationalen Politik zeigten das Potenzial jugendlichen Engagements und motivierten damit auch diejenigen, die sich bisher wenig für Politik und Klimaschutz interessierten. Auch wenn der genaue Einfluss Thunbergs schwer zu bestimmen ist, zeigen unsere Daten doch, dass sie Spuren hinterlassen hat und vor allem in der frühen Phase des FFF-Protests in Deutschland als ein Mobilisierungsfaktor wirkte (Abb. 2.8): Rund 41 Prozent der Jugendlichen gaben an, dass Thunberg die Entscheidung, am 15. März 2019 am Klimastreik teilzunehmen, stark oder sehr stark beeinflusst habe. Weitere 22 Prozent der Jugendlichen stimmten dem zumindest teilweise zu. Aber auch unter den Erwachsenen scheint Thunberg Eindruck hinterlassen zu haben. In dieser Gruppe gab im März mehr als ein Drittel an, durch Thunberg in der Entscheidung, am Protest teilzunehmen, stark oder sehr stark beeinflusst worden zu sein.

Bemerkenswert ist die deutlich geringere Bedeutung der Person Greta Thunberg für den Mobilisierungsprozess im Vorfeld der Proteste im November. Bereits die Septemberbefragungen hatten in nahezu allen Ländern und auch in Deutschland einen deutlich geringeren »Greta-Effekt« gezeigt (de Moor u. a. 2020: 23; Neuber/Gardner 2020: 135). Der Aussage, dass Thunberg die Entscheidung, am Klimastreik teilzunehmen, stark oder sehr stark beeinflusst habe, stimmen nur noch 21 Prozent der Erwachsenen zu; bei Jugendlichen ist die Bejahung sogar auf nur noch rund 15 Prozent gesunken. Diese Ergebnisse sind ein klares Zeichen dafür, dass mit der zunehmenden Etablierung der Bewegung der Einfluss hervorgehobener Einzelpersonen wie Thunberg für den Mobilisierungsprozess weniger bedeutsam geworden ist oder indirekter verläuft.

Interessant ist zudem der Unterschied zwischen den Geschlechtern: Im März 2019 gab knapp die Hälfte der weiblichen Jugendlichen an, durch Thunberg zur Teilnahme an den Protesten motiviert worden zu sein. Unter den männlichen Jugendlichen lag der Wert mehr als 20 Prozentpunkte darunter. Vor allem auf Mädchen und junge Frauen wirkte Thunberg in der Frühphase der Bewegung also inspirierend und motivierend.

Abbildung 2.8: Der Einfluss von Greta Thunberg auf die Protestbeteiligung nach Alter und Geschlecht



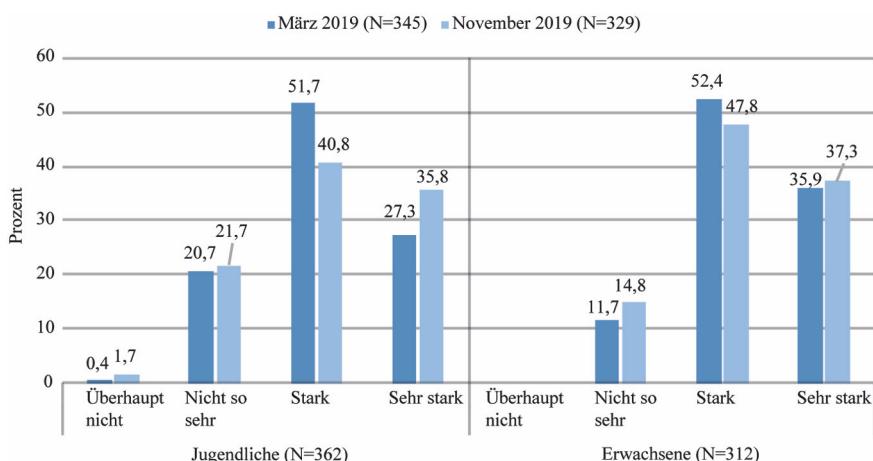
Politisches Interesse und Engagement

Auch wenn die Bedeutung von Greta Thunberg für die Entscheidung, sich an den Klimaprotesten zu beteiligen, abgenommen hat, berichtet immer noch ein großer Teil der Protestierenden, dass die schwedische Aktivistin einen großen Einfluss darauf hatte, sich mit dem Problem des Klimawandels zu beschäftigen. So gaben sowohl im März als auch im November etwa 40 Prozent der jugendlichen Protestierenden (März: 43,7 Prozent, November: 40,6 Prozent) und etwa 30 Prozent der Erwachsenen (März: 30,8 Prozent, November 31,2 Prozent) an, dass Thunberg ihr Interesse am Klimawandel »ziemlich« oder »sehr« verstärkt habe. Ein weiteres Drittel der Befragten gab an, Thunberg habe ihr Interesse am Klimawandel »etwas« verstärkt. Wie schon bei der Mobilisierung ist ihr positiver Einfluss auf das Interesse am Klimawandel bei Frauen etwas größer als bei Männern. Und auch hier haben sich im November sowohl die Unterschiede zwischen Erwachsenen und Jugendlichen als auch zwischen den Geschlechtern verringert. Angesichts des allgemein starken politischen Interesses und der großen intrinsischen Motivation der FFF-Protestierenden ist der anhaltende Einfluss der Einzelperson Thunberg auf das individuelle Interesse am Klimawandel – und in geringerem Maße auch auf die Entscheidung zu protestieren – durchaus bemerkenswert.

Um ein Bild von der Politisierung der FFF-Protestierenden zu erhalten, wurden diese auf einer Skala von 1 (»überhaupt nicht«) bis 5 (»sehr stark«) zunächst nach dem Grad ihres Interesses an Politik gefragt (Abb. 2.9). Bei den

Demonstrationen im März und November bekundeten über 80 Prozent der Befragten, »ziemlich« oder »sehr« stark an Politik interessiert zu sein. Obwohl erwachsene Protestierende insgesamt von einem größeren politischen Interesse berichten als ihre jüngeren Mitstreiter_innen (arithmetisches Mittel, $\mu=3,23$ bzw. $\mu=3,08$), nahm das politische Interesse unter den jugendlichen Demonstrierenden im November im Durchschnitt leicht zu ($\mu=3,12$). Zwischen März und November ist die größte Verschiebung bei den Jugendlichen zu beobachten; hier wurde ein Rückgang des Anteils »ziemlich« politisch interessierter Personen um rund elf Prozent durch einen Anstieg des Anteils »sehr« interessierter Personen um knapp neun Prozent ausgeglichen. Dieser Trend zu einem verstärkten politischen Interesse unter den jungen Teilnehmer_innen war bereits bei den Ergebnissen des Vergleichs der Protestierenden im März und September sichtbar (vgl. Neuber und Gardner 2020: 126).

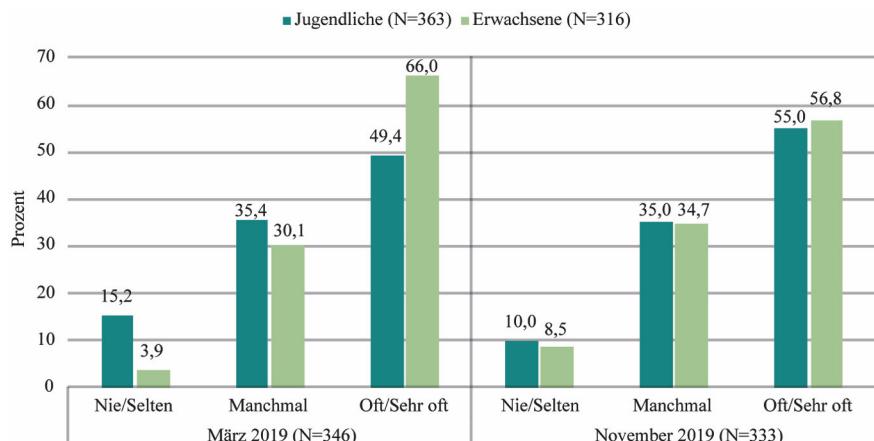
Abbildung 2.9: Politisches Interesse jugendlicher und erwachsener Protestierender



Das politische Interesse der Protestierenden wurde zusätzlich über die Frage ermittelt, wie oft diese mit Freund_innen, Verwandten oder Kolleg_innen »über Politik diskutieren«. Die Antworten wurden auch hier auf einer Fünf-Punkte-Skala von »nie« (1) bis »sehr oft« (5) mit »manchmal« (3) als mittlere Kategorie abgefragt. Die Antwort »oft« war im März (43,9 Prozent) und November (42,6 Prozent) die am häufigsten gewählte Option, und zwar

sowohl bei den Jugendlichen (40,5 Prozent) als auch bei den Erwachsenen (46,5 Prozent). Allerdings haben sich die Haltungen beider Gruppen im November angenähert ($\mu = 3,6$ für beide Gruppen). Zur Veranschaulichung der Konvergenz zwischen beiden Altersgruppen sind in Abbildung 2.10 jeweils die Antwortmöglichkeiten »oft« und »sehr oft« sowie die Optionen »selten« und »nie« für beide Altersgruppen und Befragungszeitpunkte zusammengefasst. Die jugendlichen Protestierenden im November berichteten etwas häufiger über Politik zu sprechen als noch im März, während bei den Erwachsenen ein umgekehrter Trend vorliegt. Der im März bestehende Unterschied zwischen den Altersgruppen hat sich im November verringert.

Abbildung 2.10: Häufigkeit von Diskussion über Politik im März und November 2019



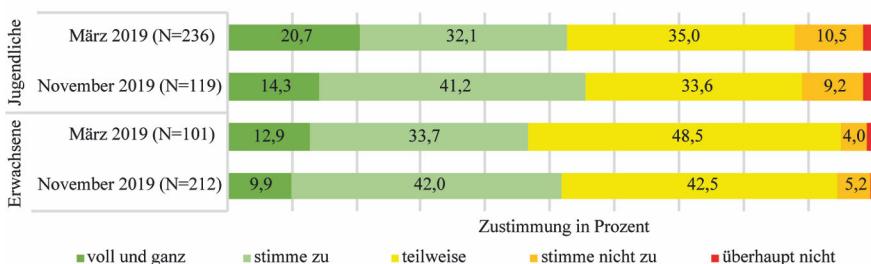
Ein weniger homogenes Bild zeichnet sich ab, wenn das politische Interesse von Männern und Frauen betrachtet wird. Über beide Protesttermine hinweg gaben mehr als 90 Prozent der männlichen Befragten, aber nur etwas mehr als 75 Prozent der weiblichen Befragten an, »ziemlich« oder »sehr« politisch interessiert zu sein. Diese Unterschiede lassen sich sowohl im März als auch im November feststellen. Verschiebungen hin zu einem größeren politischen Interesse sind vor allem den männlichen Befragten geschuldet. So gaben beispielsweise im November 67,1 Prozent der männlichen Protestierenden an, »häufig« oder »sehr häufig« über Politik zu sprechen, während

dies nur auf 48,9 Prozent der weiblichen Protestierenden zutraf. Insgesamt hat sich die geschlechtsspezifische Differenz beim politischen Interesse zwischen März und November noch vergrößert.

Über das politische Interesse hinausgehend wird in der Protest- und Bewegungsforschung argumentiert, dass Ansichten über die politische Wirksamkeit des eigenen Handelns die politische Beteiligung beeinflussen (McAdam 1982; Gamson/Meyer 1996). Es ist daher wenig überraschend, dass über 50 Prozent der Befragten im März und 50 Prozent im November der Aussage »Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen« »weitgehend« oder »voll und ganz« zustimmten. Der Anteil derer, die ihre politische Beteiligung als potenziell einflussreich empfanden, war im November unter den Jugendlichen (55,5 Prozent) und Erwachsenen (51,9 Prozent) höher als noch im März (52,4 Prozent bzw. 46,5 Prozent). Abbildung 2.11, in der die Antworten von Jugendlichen und Erwachsenen verglichen werden, zeigt eine Annäherung der Positionen der beiden Alterskategorien zwischen März und November.

Abbildung 2.11: Wahrgenommener Einfluss des eigenen Engagements auf die Politik in Deutschland

»Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen«



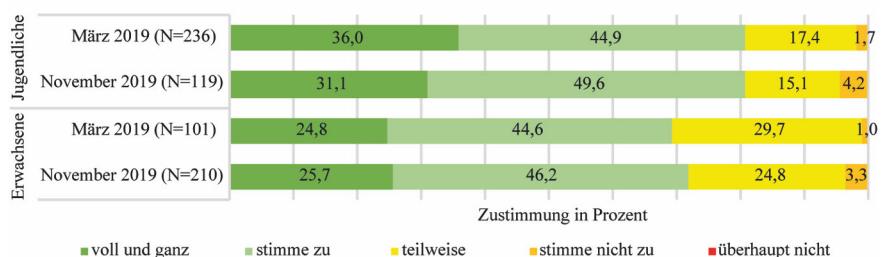
Wie bewerten die Demonstrierenden im Vergleich dazu die Erfolgschancen politischer Einflussnahme durch die Zusammenarbeit von Bürger_innen? Unter erneuter Nutzung einer Fünf-Punkte-Skala (von »starke Ablehnung« bis »starke Zustimmung«) und einer Reduzierung auf die Kategorien von Ablehnung, Neutralität und Zustimmung bejahten über 70 Prozent (Jugendliche wie Erwachsene, im März und November) die Aussage »Wenn sich Bürger_innen zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf poli-

tische Entscheidungen in diesem Land nehmen«. Im Durchschnitt stimmten 75,8 Prozent der jugendlichen Protestierenden zu beiden Zeitpunkten und rund 71 bzw. 79 Prozent der erwachsenen Protestierenden der zitierten Aussage zu. Organisierte Gruppen von Bürger_innen wurden dabei im Vergleich zum individuellen politischen Engagement als wirksamer eingestuft.

Bei der Aussage »Wenn sich Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf die internationale Politik nehmen« zeigt sich über Zeit und Altersgruppen hinweg ein ähnliches Muster (Abb. 2.12). 76 Prozent der Protestierenden stimmten dieser Aussage zu. Bei den befragten Jugendlichen waren es jeweils 81 Prozent im März und im November; bei den Erwachsenen stieg der Anteil leicht von 69 Prozent auf 72 Prozent.

Abbildung 2.12: Wahrnehmener Einfluss von bürgerschaftlichen Zusammenschlüssen auf die internationale Politik

»Wenn sich Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenschließen, können sie eine Menge Einfluss auf internationale Politik nehmen«



Weiterhin wurden die Protestierenden nach ihrer Haltung zu folgender Aussage befragt: »Die meisten Politiker_innen machen viele Versprechungen, aber tun dann nichts.« Ein relevanter Teil der Befragten stimmte dieser Aussage weder zu noch lehnte sie ab (März 28,1 Prozent; November 37,2 Prozent). Gleichwohl verbinden größere Teile Politik offensichtlich eher mit »Gerede« oder »viel heißer Luft«: 68 Prozent der Jugendlichen und 53 Prozent der Erwachsenen stimmten der Aussage zu (»stimme zu« und »stimme voll und ganz zu«). Im Unterschied zu diesen kritischen Einschätzungen halten die Befragten politische Wahlen allerdings für ein wirksames Mittel, um Parteien zu beeinflussen. Befragt nach ihrer Haltung zu der Aussage »Ich sehe

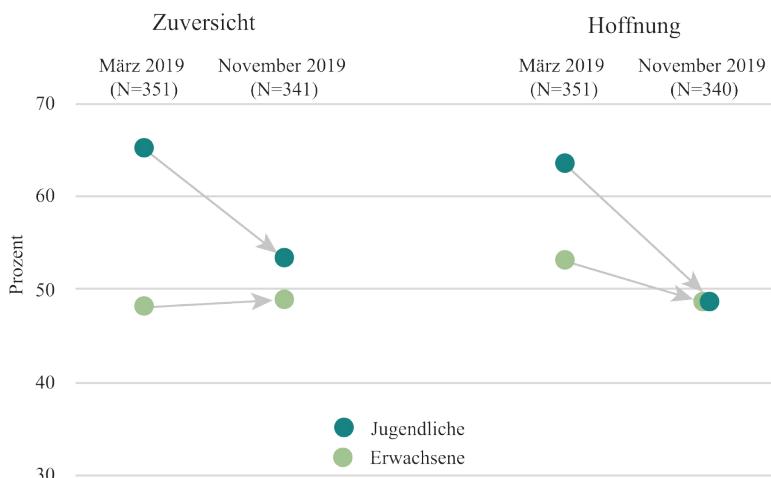
keinen Sinn darin zu wählen. Die Parteien tun ohnehin, was sie wollen.«, bekundeten rund 80 Prozent im März und 87 Prozent im November ihre Abneigung.

Angesichts der überwiegenden Skepsis gegenüber den Versprechen von Politiker_innen überrascht die doch insgesamt positive Einschätzung, durch politische Wahlen, individuelles Bürgerengagement auf nationaler Ebene sowie koordiniertes internationales Engagement die Politik beeinflussen zu können. Einige zusätzliche Befunde aus der Befragung können Licht auf diese Diskrepanz von pessimistischen und optimistischen Haltungen werfen. Die bereits vorgestellten Daten zur Motivation der Protestierenden sind hier aufschlussreich. Die überwiegende Mehrheit will mit dem Protest auf Politiker_innen einwirken (über 90 Prozent für beide Altersgruppen, Geschlechter und Zeitpunkte). Die Zustimmung zu dem Ziel, die Politiker_innen durch den Protest auf die Einhaltung ihrer Versprechen zu drängen, war sogar noch größer und galt für 98 Prozent der Befragten und alle drei Vergleichsachsen. Allerdings war die Zustimmung zu der begleitenden Frage, ob die Demonstrationen dafür einen Beitrag leisten, weniger stark. Die Zustimmung bewegte sich zwischen den Werten, die zur angenommenen Wirkung des individuellen persönlichen Einsatzes und dem organisierter Gruppen von Bürger_innen (mit jeweils 50 bzw. 70 Prozent) ermittelt wurden. Im Durchschnitt bekundeten 60 Prozent der Befragten ihre »Zustimmung« bzw. »volle Zustimmung« zur Wirksamkeit der Proteste. Diese Antworten deuten darauf hin, dass die Protestierenden ihre Aktivität auf der Straße als wichtigen Beitrag im Sinne der demokratischen Beteiligung wahrnehmen.

Wie diese Ergebnisse und auch die sonstige Forschung zu sozialen Bewegungen zeigen, kann die Entscheidung, an Protestaktivitäten teilzunehmen, nicht allein auf die Vorstellung reduziert werden, Menschen verfolgten in zweckrationaler Manier nur ihren Eigennutz oder würden von strategischen Überlegungen geleitet, wenn sie protestieren (Gamson/Meyer 1996; Klandermans 2004). Vielmehr spielt dabei auch ein Bedürfnis, bei kontroversen Themen Partei zu ergreifen oder buchstäblich einen Standpunkt zu »demonstrieren« eine wichtige Rolle. Dieser Antrieb wird durch kognitive wie emotionale Prozesse genährt, die einen Einfluss darauf haben, ob und wie Menschen aktiv werden (Goodwin/Jasper/Polletta 2001; Groves 2001; Jasper 2011). Zudem ist Hoffnung wichtig, um das Gefühl politischer Wirksamkeit entstehen zu lassen. Hoffnung befähigt das Selbstvertrauen und die Bereit-

schaft zum Handeln. Um dem nachzugehen, fragten wir erstens danach, in welchem Maße die Demonstrierenden zuversichtlich sind, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können, und zweitens, ob sie »auch wenn die Dinge düster aussehen« nicht die Hoffnung verlieren, dass der Klimawandel eingedämmt werden kann. In beiderlei Hinsicht waren die Befragten im März noch optimistischer (rund 60 Prozent) als im November (rund 50 Prozent) (Abb. 2.13).

Abbildung 2.13: Zustimmung zu den Fragen: »Ich bin zuversichtlich, dass politische Entscheidungen den Klimawandel eindämmen können.« (Zuversicht) und »Auch wenn die Dinge düster aussehen, verliere ich nicht die Hoffnung, dass wir den Klimawandel eindämmen können.« (Hoffnung)



Dabei gaben sich die Jugendlichen im März deutlich zuversichtlicher und hoffnungsvoller als die Erwachsenen. Im November hat sich die Lücke zwischen beiden Gruppen allerdings verringert bzw. ganz geschlossen. Im Großen und Ganzen zeigten sich die Demonstrierenden weder als naiv optimistisch noch gänzlich hoffnungslos hinsichtlich der Fähigkeit der Politik, den gegenwärtigen Zustand der Umweltzerstörung zu beheben. Die Ausführungen machen deutlich, dass sich die Konzepte politisches Interesse, politische Wirksamkeit und Hoffnung nur schwer voneinander trennen lassen. Unsere Betrachtungen zur Frage, wie sich das abnehmende Vertrauen in die politi-

sche Wirksamkeit der Proteste und die schwindende Hoffnung auf Lösungen durch politische Entscheidungsträger_innen in den Motivationen der Aktivist_innen widerspiegeln, legen den Schluss nahe, dass die Protestierenden der FFF-Bewegung bereit sind, ihrem politischen Interesse (und ihren Bedenken) durch verschiedene Formen politischer Mobilisierung Ausdruck zu verleihen, auch wenn sie sich über die Wirksamkeit solcher Bemühungen unsicher sind. Da sich bekanntlich Interessen oder Überzeugungen von Menschen nicht notwendigerweise in deren Handlungen widerspiegeln, sondern auch oft erst in Interaktionen geformt werden (Polletta/Gardner 2015), werfen wir im Folgenden einen Blick auf Erfahrungen, die die Protestierenden mit verschiedenen Formen der partizipativen Bürgerbeteiligung gemacht haben.

Hinsichtlich des politischen Engagements wurden die Protestierenden zunächst gefragt, ob sie bei der letzten Bundestagswahl teilgenommen haben. Die Stimmabgabe bei Wahlen ist aus einer Reihe von Gründen ein informativer Ausgangspunkt. Zum einen wird sie klassischerweise als »traditionelle« und institutionelle Form der politischen Beteiligung im Sinne eines Ausdrucks politischen Interesses und Engagements behandelt. Zum anderen wird mit der Frage nach der Wahlbeteiligung indirekt darauf hingewiesen, dass bestimmten Personen, etwa Minderjährige oder Einwohner_innen ohne staatsbürgerliche Rechte, die nicht zur Stimmabgabe berechtigt sind, in außerinstitutionellen politischen Aktionsformen wie Protest ein wichtiger alternativer Weg für die politische Meinungsäußerung geboten wird.

Fasst man die Befragten im März und November zusammen, so waren 29,3 Prozent von ihnen zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl im September 2017 nicht wahlberechtigt. Der Anteil der nicht wahlberechtigten Teilnehmer_innen war im März mit 52,4 Prozent wesentlich größer als im November (18,5 Prozent) – ein Effekt der dramatischen Verschiebung in der Alterszusammensetzung der Demonstrierenden. Betrachtet man nur die Wahlberechtigten unter den Befragten, so gab die überwältigende Mehrheit an, an der letzten Bundestagswahl teilgenommen zu haben (im Durchschnitt 98 Prozent). Dieser extrem hohe Wert steht im Einklang damit, dass, wie oben dargelegt, die meisten FFF-Protestierenden in der Stimmabgabe bei Wahlen ein wirksames Mittel zur Beeinflussung politischer Parteien sehen.

Hinsichtlich der bisherigen Protesterfahrungen offenbart sich ein großer Unterschied zwischen den Generationen. Abbildung 2.14 zeigt, wie oft die

Befragten (jemals) an Demonstrationen teilgenommen haben. Auffällig ist der hohe Anteil der Protestneulinge unter den Jugendlichen im März. Da Jugendliche naturgemäß weniger Gelegenheit hatten, sich aktiv zu engagieren, ist der große Abstand zu den Erwachsenen nicht erstaunlich. Der Anteil von rund einem Drittel Jugendlicher, die im März erstmals bei einer Demonstration dabei sind, zeigt, wie sehr FFF auch bislang protestabstinent Jugendliche politisiert hat. Der Anteil derjenigen, die keine Vorerfahrungen mit Protest hatten, geht unter den jüngeren Befragten im November stark zurück – ein Ergebnis, das auch in den Septemberbefragungen zu finden ist (Neuber/Gardner 2020: 52). Bei den Erwachsenen zeigen die Antwortmuster dagegen durchgängig eine längere Geschichte der Protestbeteiligung. Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der breiteren Mobilisierung, die vor allem mit den Septemberaktionen einsetzte, und der wachsenden Vertrautheit der Menschen mit der Bewegung einleuchtend.

Abbildung 2.14: Demonstrationserfahrung von Jugendlichen und Erwachsenen

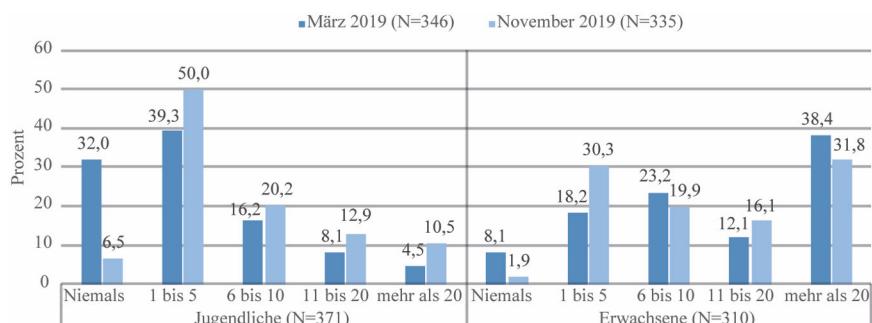
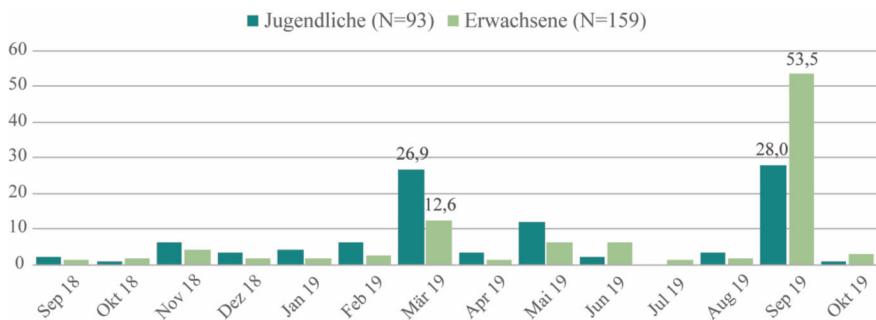


Abbildung 2.15 zeigt die zentrale Bedeutung der vorangegangenen FFF-Demonstrationen für die Mobilisierung. Für die Jugendlichen waren vor allem die globalen Aktionstage im März, Mai und September 2019 zentrale Mobilisierungsmagnete. Die Mehrheit der Erwachsenen nahm dagegen erst seit September an den Protesten teil. Insgesamt war der größte Teil (37 Prozent) der im November Befragten erstmals am 20. September für Fridays for Future auf den Straßen. Die Demonstration im November war dementsprechend nur noch für wenige ihr erster Klimaprotest. Insgesamt stützen auch diese Befunde die eingangs erwähnte Diffusionshypothese.

*Abbildung 2.15: Beteiligung an vorangegangenen FFF-Demonstrationen
(Befragung im November 2019)*

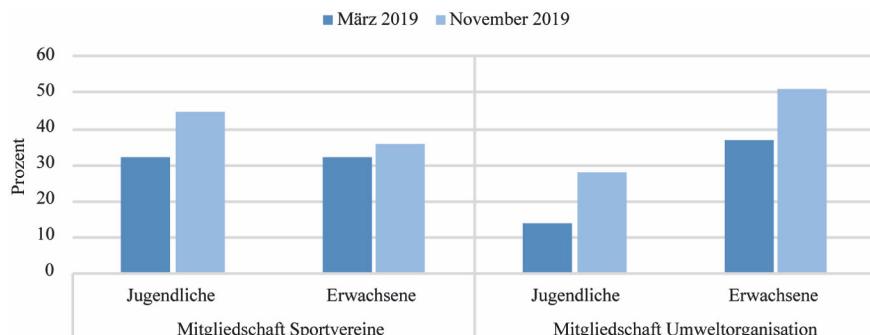


Die Demonstrierenden wurden außerdem zu ihrem Engagement in verschiedenen Organisationen und Lobbygruppen befragt. Dazu gehören politische Parteien, Umwelt-, Studenten-, Gewerkschafts-, Frauen-, Religions-, Gemeinde-, antirassistische und Sport- oder Kulturgruppen. Die Mitgliedschaft in solchen Gruppen ist nicht nur eine Form des Engagements an und für sich; Bürgervereinigungen dieser Art dienen auch als Anregungspotenzial und Infrastruktur für andere Arten der politischen Beteiligung (McCarthy/Zald 1977; McAdam 1988; Rucht 1996). Die Mehrheit der Befragten im März (53,5 Prozent) und im November (55,2 Prozent) waren aktive Mitglieder mindestens einer bürgerschaftlichen Organisation. Dabei zeigten sich bei Jugendlichen und Erwachsenen in beiden Befragungen ähnliche Ergebnisse. Interessant ist, dass im Vergleich zu ihren männlichen Mitstreitern im März ein deutlich größerer Anteil Teilnehmerinnen angab, keine aktive oder passive Mitgliedschaft in einer Organisation zu haben (23,1 Prozent bzw. 35,9 Prozent). Die Tatsache, dass Männer bei der Märbefragung organisatorisch stärker eingebettet waren als Frauen und im November keine geschlechtsspezifischen Unterschiede festgestellt wurden, ist ein weiterer Hinweis auf die allmähliche Abschwächung des ursprünglichen Profils der FFF-Bewegung.

Nimmt man noch die passive Mitgliedschaft hinzu, dann sind die Befragten am häufigsten in einer »Sport- oder Kulturorganisation« (35,6 Prozent) engagiert, gefolgt von einer »Umweltorganisation« (31,2 Prozent). Dabei zeigen sich sowohl zwischen den beiden Befragungen als auch im Vergleich der beiden Altersgruppen Unterschiede. Im März gaben jeweils etwa 32 Prozent der Jugendlichen und Erwachsenen an, Mitglieder von

Sport- oder Kulturgruppen zu sein (Abb. 2.16). Im November stiegen diese Werte bei Jugendlichen auf 45 Prozent und bei Erwachsenen auf 36 Prozent. Der Anteil der Befragten, die Mitglied in einer Umweltorganisation sind, steigt zwischen März und November deutlich an, bei den Jugendlichen von 13,7 Prozent auf 28,3 Prozent, bei den Erwachsenen von 37,5 auf 51 Prozent (Abb. 2.16). Auch dieser Trend hatte sich bereits im September bei jugendlichen Protestierenden gezeigt (Neuber/Gardner 2020: 124f.). Die Demonstrierenden im November sind insgesamt also nicht nur protesterfahren, sondern auch stärker in etablierten Organisationen engagiert.

Abbildung 2.16: Mitgliedschaft von jugendlichen und erwachsenen Demonstrierenden in Sportvereinen sowie in Umweltorganisationen



Passend zur Auffassung unter den FFF-Protestierenden, dass das politische Engagement im Rahmen von Wahlen eine wichtige Rolle spielt, wenn es um die Durchsetzung politischer Interessen geht, gaben im Durchschnitt 10,2 Prozent der Befragten an, Mitglied einer politischen Partei oder ihrer Jugendorganisation zu sein. Damit liegen die Demonstrierenden deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt von nur knapp zwei Prozent Parteimitgliedschaft. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen der FFF-Proteste in Deutschland vom 20. September (Neuber/Gardner 2020: 125 ff.) war der Anteil der Jugendlichen und Erwachsenen mit Parteimitgliedschaft im November (12,7 Prozent) höher als im März (7,9 Prozent). Dies ist vor allem ein Resultat der veränderten Altersstruktur. Vergleicht man nur die Teilnehmer_innen, die bei der letzten Bundestagswahl wahlberechtigt waren, waren im März 11 Prozent und im November 12,5 Prozent der Wahlberechtigten entweder aktive oder passive Mitglieder einer politischen Partei.

Einstellungen der Protestierenden

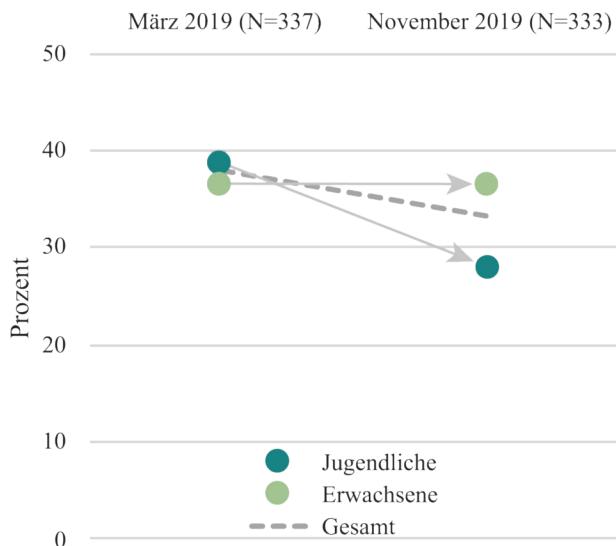
Proteste sind ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Insbesondere für diejenigen, die ihre Anliegen nicht ausreichend oder nicht länger durch die politischen Parteien und andere Akteure des institutionalisierten Politikbetriebs vertreten sehen, sind sie ein Mittel der Artikulation und Behauptung von Interessen. Entsprechend geben auch die Teilnehmer_innen der FFF-Demonstrationen an, mit dem Protest ihre Interessen verteidigen und ihre Ansichten ausdrücken zu wollen. Sie sind unzufrieden mit der derzeitigen Politik. Insbesondere ist ihr Vertrauen in die Lösungskompetenz der Regierung gering. Gleichzeitig haben unsere Analysen gezeigt, dass die Demonstrierenden keineswegs politikverdrossen und resignativ sind. Sie sind, im Gegenteil, zuversichtlich, dass der drohende Klimawandel durch politische Entscheidungen reduziert oder gestoppt werden kann (vgl. Gardner/Neuber 2020). Die Demonstrierenden sehen ihre Rolle darin, eben diese Entscheidungen herbeizuführen, indem sie Politiker_innen unter Druck setzen, bereits gemachte Versprechen einzuhalten.

Die kritische, aber eindeutig demokratiebejahende Einstellung des Großteils der Protestierenden zeigen die Antworten auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie. Nur ein kleiner, aber nicht ganz unbedeutender Teil der im November Befragten (im März wurde diese Frage nicht gestellt) ist der Idee der Demokratie gegenüber negativ eingestellt (6,6 Prozent). Fragt man nach der Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der deutschen Verfassung festgelegt ist, wird diese kritische Gruppe geringfügig größer (7,5 Prozent); hinzu kommen knapp 17 Prozent Unentschiedene. Mehr als drei Viertel der Demonstrierenden sind aber auch mit Blick auf die verfasste Demokratie zufrieden.

Ein deutlich anderes Bild entsteht bei der Frage: »Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie, wie sie in Ihrem Land funktioniert?« Hier gibt nur noch ein gutes Drittel (35,6 Prozent) an, »sehr zufrieden« oder »eher zufrieden« zu sein. Bemerkenswert ist hier vor allem die Veränderung bei den Jugendlichen: Waren diese im März noch eher als die Erwachsenen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden, so liegen die Werte im November deutlich unterhalb denen der Erwachsenen (Abb. 2.17). Die Jugendlichen sind also, bei gleichbleibend hoher genereller Zustimmung zur Demokratie, kritischer gegenüber dem aktuellen Funktionieren der Demokratie geworden, wobei offenbleibt, ob sich bei Einzelnen die Einstellungen

geändert haben oder ob vor allem Jugendliche mit einer kritischeren Einstellung bei den Protesten dabeigeblichen bzw. neu hinzugekommen sind. Die Zufriedenheitswerte liegen deutlich unter denen der Gesamtbevölkerung von rund 53 Prozent (Decker u. a. 2018: 97), aber deutlich über denen anderer Demonstrationen. Unter den Befragten der Anti-TTIP/CETA-Proteste 2015 gab nur jede/r Vierte/r an, (eher) zufrieden zu sein; bei den G20-Demonstrationen 2017 waren es noch etwas weniger und bei den Demonstrationen von Pegida (Daphi u. a. 2015) und den »Montagsmahnwachen für den Frieden« (Daphi u. a. 2014) gar nur jeweils knapp über fünf Prozent.

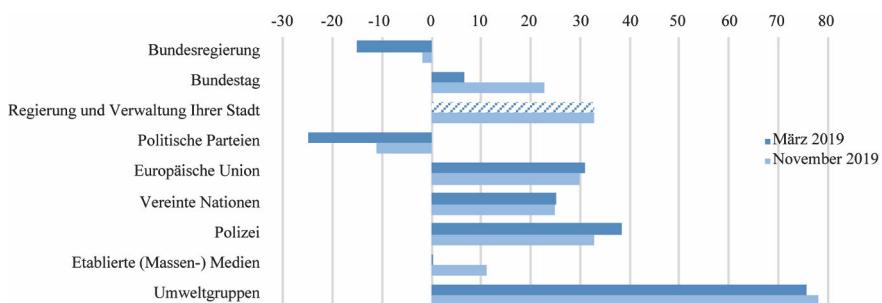
Abbildung 2.17: Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland



Während die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bei den Protestierenden von *Fridays for Future* leicht abnimmt, wächst zwischen März und November paradoxe Weise das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen im Durchschnitt. Abbildung 2.18 zeigt für neun Institutionen jeweils die Differenz zwischen dem Teil der Demonstrierenden, der der jeweiligen Institution vertraut, und dem Teil, der ihr misstraut. So haben beispielsweise im März 19,3 Prozent der Befragten angegeben, dass sie der Bundesregierung überwiegend oder vollständig vertrauen, während 34,4 Prozent

ihr überhaupt nicht oder eher nicht vertrauen. In der Summe ergibt sich daraus ein negativer Vertrauenswert (also ein Misstrauenswert) von 15,1 Prozent. Am schlechtesten ist die Beurteilung der politischen Parteien und der Bundesregierung. Bei beiden ist die Gruppe derer, die ihnen nicht vertraut, größer als diejenige, die ihr vertraut. Das größte Vertrauen genießen Umweltgruppen, gefolgt von Lokalverwaltungen und der Polizei. Lokale politische Akteure, die in beiden untersuchten Städten teilweise durchaus positiv auf die Proteste von FFF reagiert haben, werden konsequenterweise von den Demonstrant_innen deutlich positiver wahrgenommen als bundespolitische Akteure. Da in der Märzumfrage nach dieser Akteursgruppe nicht gefragt wurde, bleibt offen, ob das Vertrauen in lokale Politiker_innen tatsächlich gestiegen ist. Das deutlich gestiegene Vertrauen in den Bundestag deutet allerdings in diese Richtung.

Abbildung 2.18: Institutionenvertrauen (Differenz zwischen Vertrauen und Misstrauen)



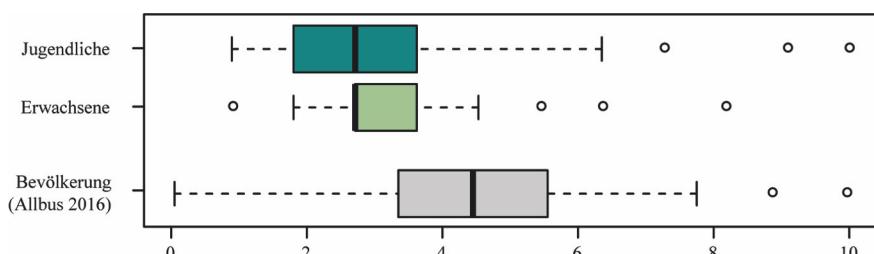
Hinweis: Die Frage nach dem Vertrauen in lokale Regierungen wurde im März nicht gestellt.

Auffällig und eher ungewöhnlich für Befragungen von Demonstrierenden ist das große Vertrauen in die Polizei. Allerdings ist die Polizei die einzige Institution, die im Zeitverlauf einen deutlichen Vertrauensverlust hinnehmen musste. Der fällt noch viel deutlicher aus, wenn man nur die jungen Demonstrierenden betrachtet. Bei denen lag die Polizei im März noch bei einem Vertrauenswert von 43 Prozent, der im November nur noch 27 Prozent betrug. Vermutlich hat hier das teilweise rüde Vorgehen der Polizei bei Aktionen zivilen Ungehorsams, an denen sich auch Aktivist_innen von *Fridays for Future* beteiligt haben, das Vertrauen gestört. Zu den Gewinner_innen

an Vertrauen, wenn auch auf einem niedrigen Niveau, gehören die Massenmedien. Dies dürfte auf die insgesamt große Medienresonanz und die meist positive Berichterstattung über die Proteste zurückzuführen sein (siehe Goldenbaum/Thompson, Kapitel 9).

Das Thema Klimaschutz ist in weiten Teilen des politischen Spektrums von ganz links bis ins konservative Milieu anschlussfähig. Um mehr über die politische Positionierung der FFF-Demonstrierenden zu erfahren, haben wir diese nach einer Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala und nach ihren Parteipräferenzen gefragt. Die Antworten auf diese Fragen sind eindeutig: Auf einer Skala von 1 (»links«) bis 10 (»rechts«) ordnen sich fast 83 Prozent der Befragten links der Mitte ein. Dieser Wert liegt weit über dem für die Gesamtbevölkerung, ist aber niedriger als Werte, die wir bei dezentriert linken Demonstrationen wie beispielsweise den G20-Protesten 2017 gemessen haben. In diesem Fall verorteten sich rund 90 Prozent links von der Mitte. Zwischen März und November hat sich die politische Selbsteinschätzung der Teilnehmer_innen der FFF-Proteste weiter nach links verschoben – über alle Altersgruppen hinweg. Während allerdings im März die Erwachsenen noch etwas weiter links standen als die Jugendlichen, ist es in der Novemberumfrage umgekehrt. Die Unterschiede zwischen beiden Gruppen sind allerdings minimal. Abbildung 2.19 zeigt, dass der Medianwert sich für beide Altersgruppen nicht unterscheidet und dass sich beide Gruppen im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung in Deutschland (GESIS 2017) deutlich weiter links verorten.

Abbildung 2.19: Vergleich der Links-Rechts-Positionierung der Demonstrierenden mit der Gesamtbevölkerung (Allbus-Umfrage 2016/GESIS 2017)



Wie spiegelt sich diese dominant linke Positionierung der Demonstrierenden in der Parteienpräferenz wider? Wir haben gefragt, mit welcher politischen Partei sich die Protestierenden am stärksten identifizieren.

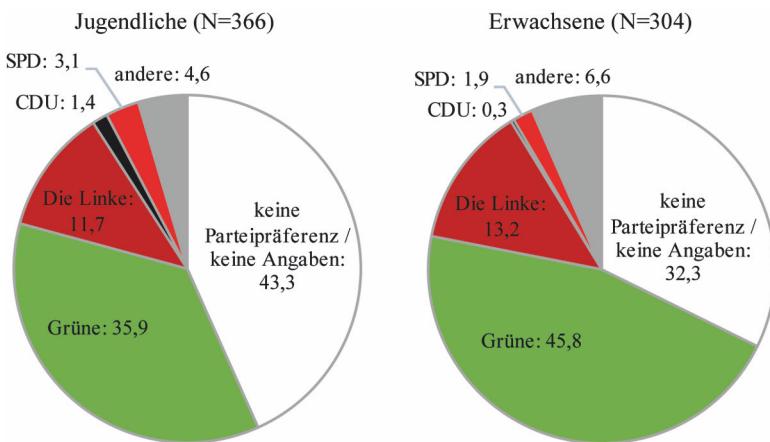
Zunächst fällt ins Auge, dass sich bei der Märzbefragung ein Drittel der Erwachsenen und über 43 Prozent der Jugendlichen mit gar keiner Partei identifizieren (Abb. 2.20). Bei den Jugendlichen bilden diejenigen, die sich mit keiner Partei identifizieren, die größte Gruppe. Dieses Ergebnis dürfte dadurch beeinflusst sein, dass die Untergruppe derer, die jünger als 18 Jahre alt sind, bei Bundes- und Landtagswahlen noch nicht wahlberechtigt ist. Die relative Distanz gegenüber Parteien insgesamt ist aber auch ein deutliches Zeichen dafür, dass *Fridays for Future* keineswegs aufs Engste mit den Grünen verbunden ist. Angesichts der Jahrzehntelangen Nähe der Grünen zur deutschen Klima- und Umweltschutzbewegung ist es allerdings wenig erstaunlich, dass sich die Demonstrierenden dennoch am ehesten mit dieser Partei identifizieren. Rund 46 Prozent der Erwachsenen und 36 Prozent der Jugendlichen präferieren die Grünen (insgesamt: 40,6 Prozent). Diese relativ starke Identifikation ist zwischen März und November um vier Prozentpunkte gestiegen. Von den anderen Parteien spielt allein Die Linke mit zusammen rund zwölf Prozent eine relevante Rolle. Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD liegen jeweils im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Betrachtet man nur diejenigen, die eine Parteipräferenz äußern, dann erreichen die Grünen 65 Prozent. Und selbst in dieser Gruppe würden die Regierungsparteien an der Fünfprozenthürde scheitern.

Die hohe Sympathie unter den Demonstrierenden für die Grünen ist nicht unbedingt auf neue Entwicklungen zurückzuführen. Dies zeigen die Ergebnisse zu der Frage nach der Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl. Von den 403 Befragten, die angaben, im Jahr 2017 gewählt zu haben, favorisierten 56 Prozent die Grünen. Die Linke war 2017 mit knapp 30 Prozent deutlich stärker vertreten als zum Zeitpunkt der Befragungen im März und November 2019.

Insbesondere die hohen Zustimmungswerte der Grünen unter den Jugendlichen zeigen das Wähler_innenpotenzial, das FFF für diese Partei darstellt. Allerdings signalisiert der sehr hohe Anteil derjenigen, die sich mit keiner Partei identifizieren, dass die Grünen nicht davon ausgehen können, dass sich ihnen die Protestierenden bei der nächsten Wahl automatisch zuwenden werden. CDU/CSU und SPD hingegen müssen bei einer weiterhin

zurückhaltenden Klima- und Umweltschutzpolitik befürchten, die durch die Klimafrage politisierten Jugendlichen langfristig zu verlieren.

Abbildung 2.20: Parteiidentifikation von jugendlichen und erwachsenen Demonstrierenden, März und November 2019



Zusammenfassung

Was sagen die Ergebnisse unserer Befragungen in Bremen und Berlin im März und November 2019 über die FFF-Protestierenden in Deutschland aus? Mit Blick auf die soziodemografischen Merkmale der Beteiligten ergibt sich zusammenfassend folgendes Bild: Insbesondere in der Frühphase der Bewegung wurden die FFF-Demonstrationen in erster Linie von jungen, relativ gut gebildeten Menschen und überraschend stark von Frauen getragen. Nie zuvor waren Schüler_innen und Jugendliche derart prägend für die international vernetzte Klimabewegung. Und selten hatten junge Frauen eine derart zentrale Bedeutung – als Repräsentantinnen und Sprecherinnen der Bewegung, aber eben auch in der Masse der Demonstrierenden. Viele der im März befragten Jugendlichen waren noch protestunbefahren und zum ersten Mal auf der Straße. *Fridays for Future* politisiert und mobilisiert somit auch junge Menschen, die bisher wenig mit Politik zu tun hatten.

Mit der stärkeren Etablierung der Bewegung und der breiteren Mobilisierung in den Folgemonaten änderte sich auch ihr Profil: Frauen sind auch im November noch leicht überdurchschnittlich stark beteiligt, aber nur

noch in der Gruppe der Jugendlichen mit rund 58 Prozent deutlich überrepräsentiert. Dennoch bleibt *Fridays for Future* eine im Vergleich zu anderen Bewegungen stark von Frauen geprägte Bewegung. Im November sind die Demonstrierenden im Durchschnitt wesentlich älter als noch im März. Damit setzt sich hier ein auch über Deutschland hinausgehender Trend fort, der sich bereits für die Proteste im September abgezeichnet hat (Neuber/Gardner 2020). Im Laufe des Jahres 2019 hat sich das Profil der FFF-Demonstrierenden tendenziell an das anderer (linker) Demonstrationen angepasst; die soziodemografischen Besonderheiten der Bewegung in ihrer Frühphase haben sich abgeschwächt. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse die eingangs als Diffusionshypothese formulierte Erwartung. *Fridays for Future* hat im November 2019 an gesellschaftlicher Breite und sozialer Diversität gewonnen. Der mit den Septemberprotesten einsetzende Versuch, die Mobilisierung von den Schulen auf andere Gesellschaftsbereiche auszuweiten, war erfolgreich. Gleichzeitig ist der Anteil der jugendlichen Demonstrant_innen in den von uns befragten Städten im November nicht nur prozentual deutlich gesunken, sondern auch in absoluten Zahlen gegenüber dem März leicht zurückgegangen. Der sinkende Anteil der Jugendlichen unter den Demonstrierenden bedeutet allerdings noch nicht unbedingt, dass sich die Jugendlichen von FFF abgewandt haben. Auch im November ist *Fridays for Future* im Vergleich zu anderen Demonstrationen in Deutschland eine ausgesprochen junge Bewegung.

In anderer Hinsicht gibt es trotz der genannten deutlichen Verschiebungen im Hinblick auf Alter und Geschlecht starke Kontinuitäten: Wie auch bei Protesten zu ganz anderen Themen sind Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung im März und November überdurchschnittlich stark vertreten. Personen mit direkter Migrationserfahrung sind auch bei *Fridays for Future* unterrepräsentiert. Kinder von nach Deutschland migrierten Personen (Zweite Generation) sind aber recht stark an den Protesten beteiligt. Ihr Anteil entspricht im November in etwa ihrem Bevölkerungsanteil in den beiden untersuchten Städten. Eine deutliche Mehrheit der Demonstrierenden verortet sich im linken Spektrum; die mit Abstand stärkste parteipolitische Identifikation können die Grünen verzeichnen.

In beiden Befragungswellen erweist sich vor allem bei den Jugendlichen die Mobilisierung in direkten persönlichen Gesprächen als besonders wichtig. Für die Mobilisierung vergleichsweise unbedeutend ist dagegen die

Rolle etablierter (Umwelt-)Organisationen. Neben dem direkten Austausch mit Freund_innen und Bekannten spielen soziale Medien sowohl für die Jugendlichen als auch für die Erwachsenen eine wichtige Rolle, die allerdings zwischen März und November an Gewicht verliert. Der Einfluss von Greta Thunberg auf die individuelle Entscheidung, am Klimaprotest teilzunehmen, hat zwischen März und November bei Jugendlichen wie Erwachsenen stark abgenommen. Diese Veränderungen können als Indiz dafür gewertet werden, dass die Protestierenden weniger durch externe Impulse (wie das Vorbild Greta Thunberg), sondern stärker durch eigenständige und intrinsische Motive geleitet werden. Auch hat das Motiv des Schulstreiks, der eng mit Thunberg verknüpft ist, nicht zuletzt wegen des höheren Durchschnittsalters der Protestierenden an Bedeutung verloren.

Das zentrale Anliegen der Demonstrierenden bleibt unverändert: Mit ihrem Protest wollen sie Druck auf die Politik ausüben, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen. Hierbei spielt die Berufung auf wissenschaftliche Erkenntnisse eine zentrale Rolle; sie erschwert es, die Bewegung als Ausdruck jugendlicher Naivität und mangelnden Sachverstands zu diskreditieren. Die Hoffnung, die Bundesregierung oder die »freie« Marktwirtschaft könne zur Lösung der Klimakrise beitragen, ist unter den Demonstrierenden sehr gering. Einen wichtigen ergänzenden Hebel zur Bewältigung der Klimakrise sehen insbesondere die Jugendlichen in der Veränderung der eigenen Lebens- und Konsumpraxis. Allerdings wird dieser Ansatz im November sowohl unter Jugendlichen als auch unter Erwachsenen deutlich skeptischer als noch im März gesehen (siehe auch Gardner/Neuber 2020).

Die Demonstrierenden im März 2019 sind sich ihrer Stärke bewusst und hoffnungsfroh, mit ihrem Engagement politische Entscheidungen beeinflussen zu können. Unsere Vermutung, dass sich mit fortdauernder Existenz von *Fridays for Future* und der Enttäuschung über die Klimapolitik zugleich Frustration wegen der geringen Wirkung der Proteste auf die politischen Entscheidungsträger_innen ausbreitet (»Frustrationshypothese«), wurde nicht bestätigt. Die Demonstrierenden sind auch im November in der Gesamtrendenz keineswegs hoffnungslos und entmutigt, sondern vielmehr handlungsbereit, politisiert und trotz aller Umstände zuversichtlich, dass ihr Protest gesellschaftliche und politische Veränderungen hervorrufen kann, – auch wenn insbesondere unter Jugendlichen das Gefühl der Hoffnung etwas weniger verbreitet ist. Diese Sicht, vermutlich gefördert durch das Ausmaß des öffentlichen Interesses an der Klimapolitik, die überwie-

gend positive Kommentierung von *Fridays for Future* in den Medien und die Verbreiterung der Protestbewegung, ablesbar an dem Mobilisierungsrekord im September 2019, kontrastiert allerdings mit partiellen Veränderungen der generalisierten Sicht auf das demokratische System und die Regierung. Die prinzipielle Wertschätzung der Demokratie, nach der allerdings nur im November gefragt wurde, ist sehr hoch. Bei der Frage nach dem aktuellen Zustand der Demokratie in Deutschland sind die Zustimmungswerte niedriger; insbesondere unter Jugendlichen sind sie zwischen März und November deutlich gesunken. Ob dies als direkte Reaktion auf die aus der Sicht der Demonstrierenden enttäuschenden Klimabeschlüsse vom Herbst 2019 zu verstehen ist, bleibt offen. Erstaunlicherweise hat bei den Demonstrierenden das generalisierte, also nicht speziell auf die Klimapolitik gemünzte Misstrauen gegenüber der Bundesregierung deutlich abgenommen.

Mit der gegen Jahresende 2018 einsetzenden, im Herbst 2019 kulminierenden und dann stark abnehmenden Welle des Straßenprotests, der dann durch die Versammlungsbeschränkungen im Kontext der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie ab März 2020 ein vorläufiges Ende gesetzt wurde (siehe Rucht/Rink, Kapitel 4), ist ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen, freilich keine ganze Generation (siehe Hurrelmann/Albrecht, Kapitel 11; Rucht 2019), politisiert worden. Es ist der Bewegung gelungen, über ihren ursprünglichen Kern, die Schüler_innen, hinauszuwachsen, sich sozial zu verbreitern und dem Klimathema zumindest vorübergehend im Jahr 2019 einen Spitzenplatz in der politischen Debatte und auch unter den wahrgenommenen Problemprioritäten der Bevölkerung zu verschaffen. Die Bewegung, das zeigen auch unsere Befragungen, hat eine eindeutig prodemokratische und zugleich eher linke Ausrichtung. Jenseits ihrer noch weitgehend ausgebliebenen direkten Effekte auf klimapolitische Maßnahmen hat *Fridays for Future*, so unsere Vermutung, einen wichtigen Beitrag zur politischen Sozialisation insbesondere Jugendlicher und zur generellen Stärkung bürgerschaftlichen Selbstbewusstseins geleistet. Davon dürften auch längerfristig Sickereffekte auf andere Felder der Politik ausgehen.

Literatur

- Andretta, Massimiliano/della Porta, Donatella (2014): Surveying Protestors: Why and How, in: Donatella della Porta (Hg.), Methodological Practices in Social Movement Research, Oxford: Oxford University Press, S. 308–334.
- Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter (2013): Die Protestierenden gegen »Stuttgart 21«: einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hg.), Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, Wiesbaden: Springer VS, S. 97–125.
- Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, ipb working papers, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf.
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Teune, Simon/Zajak, Sabrina (2015): Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration »TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!« am 10. Oktober in Berlin, ipb working paper 2.2015, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/11/ibp_bericht-stop-ttip-befragung.pdf.
- Daphi, Priska/Rucht, Dieter/Stuppert, Wolfgang/Teune, Simon/Ullrich, Peter (2014): Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der »Montagsmahnwachen für den Frieden«, ipb working paper 1.2014, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.files.wordpress.com/2014/06/occupy-frieden_befragung-montagsmahnwachen_protestinstitut-eu1.pdf.
- De Moor, Joost/Uba, Katrin/Wahlström, Mattias/Wennerhag, Magnus/De Vydt, Michiel (Hg.) (2020): Protest for a Future II. Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays for Future Climate Protests on 20–27 September 2019 in 19 Cities around the World, <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2020/02/Protest-for-a-Future-II-2020-02-24.pdf>.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähle, Elmar (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnis-

- nisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker/Elmar Brähler/Dirk Baier (Hg.), *Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft/Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*, Gießen: Psycho-sozial-Verlag, S. 65–115.
- Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Gamson, William A./Meyer, David S. (1996): *Framing Political Opportunity*, in: Doug McAdam/John D. McCarthy/Mayer N. Zald (Hg.), *Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 291–311.
- Gardner, Beth Gharrity/Neuber, Michael (2020). Climate Justice in a Populist Era: Grievance Politicization among Fridays for Future Protesters in Germany, in: Leviathan, H. 48 (35), S. 173–204.
- GESIS (2017): ALLBUS 2016 (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften), <https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=5250&db=e&doi=10.4232/1.12796>.
- Goodwin, Jeff/Jasper, James M./Polletta, Francesca (Hg.) (2001): *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*, Chicago: University of Chicago Press.
- Groves, Julian (2001): Animal Rights and the Politics of Emotion: Folk Constructs of Emotions in the Animal Rights Movement, in: Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Polletta (Hg.), *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*, Chicago: University of Chicago Press, S. 212–229.
- Haunss, Sebastian/Daphi, Priska/Gauditz, Leslie/Knopp, Philipp/Micus, Matthias/Scharf, Philipp/Schmidt, Stephanie/Sommer, Moritz/Teune, Simon/Thurn, Roman/Ullrich, Peter/Zajak, Sabrina (2017): #NoG20. Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes, ipb working paper 1.2017, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, <https://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/befragung-g20-demonstrationen-2017>.
- Jasper, James M. (2011): Emotions and Social Movements: Twenty Years of Theory and Research, in: *Annual Review of Sociology* 37, H. 1, S. 285–303.
- Klandermans, Bert (2004): The Demand and Supply of Participation: Social Psychological Correlates of Participation in Social Movements, in: David A. Snow/Sarah Anne Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford: Blackwell, S. 360–379.

- McAdam, Doug (1982): Political Process and the Development of Black Insurgency 1930–1970, Chicago: University of Chicago Press.
- McAdam, Doug (1988): Freedom Summer, New York: Oxford University Press.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1977): Resource Mobilization and Social Movements. A Partial Theory, in: American Journal of Sociology 82, H. 6, S. 1212–1241.
- Neuber, Michael/Gardner, Beth Gharrity (2020): Germany, in: Joost de Moor/Katrin Uba/Mattias Wahlström/Magnus Wennerhag/Michiel De Vydt (Hg.), Protest for a future II. Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays for Future Climate Protests on 20–27 September, 2019, in 19 Cities around the World, <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2020/02/Protest-for-a-Future-II-2020-02-24.pdf>, S. 117–138.
- Olcese, Cristiana/Saunders, Clare/Tzavidis, Nikos (2014): In the Streets with a Degree, in: International Sociology 29, H. 6, S. 525–545.
- Polletta, Francesca/Gardner, Beth Gharrity (2015): Culture and Movements, in: Robert A. Scott/Stephen M. Kosslyn (Hg.), Emerging Trends in the Social and Behavioral Sciences, Hoboken (NJ): John Wiley and Sons, S. 1–13.
- Rucht, Dieter (1996): The Impact of National Contexts on Social Movement Structures: A Cross-movement and Cross-national Comparison, in: Doug McAdam/John D. McCarthy/ Mayer N. Zald (Hg.), Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings, Cambridge: Cambridge University Press, S. 185–204.
- Rucht, Dieter (2019): Jugend auf der Straße. Fridays for Future und die Generationenfrage, in: WZB Mitteilungen 165, S. 6–9.
- Sommer, Moritz/Rucht, Dieter/Haunss, Sebastian/Zajak, Sabrina (2019): Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, ipb Working Paper 2.2019, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/08/ipy-working-paper_FFF_final_online.pdf.
- Van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan (2001): Who is that (Wo)man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester, in: European Journal of Political Research 39, S. 461–486.
- Van Stekelenburg, Jacquelyn/Walgrave, Stefaan/Klandermans, Bert/Verhulst, Joris (2012): Contextualizing Contestation: Framework, Design,

- and Data, in: *Mobilization: An International Quarterly* 17, H. 3, S. 249–262.
- Wahlström, Mattias/Kocyba, Piotr/De Vydt, Michiel/de Moor, Joost (Hg.) (2019): Protest for a Future: Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays for Future Climate Protests on 15 March, 2019 in 13 European Cities, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/07/20190709_Protest-for-a-future_GCS-Descriptive-Report.pdf.
- Walgrave, Stefaan/Verhulst, Joris (2011): Selection and Response Bias in Protest Surveys, in: *Mobilization: An International Quarterly* 16, H. 2, S. 203–222.